

antisemitisch vergiftete, damit später unter diesem antisemitischen Rufe Millionen von Juden ausgerottet werden konnten.

Die barbarischen und tierischen Instinkte, die in jahrtausendelanger Entwicklung in menschliche Bahnen gelenkt wurden, werden bewußt reaktiviert. Der Rassenhaß wird zur Staatsideologie erhoben. Seine Moral lautet: „Den Rassenfeinden gegenüber ist alles erlaubt.“ Diese Unmoral wird mit dem Blut von Millionen Menschen in die Untat umgesetzt. Mit ihm erfolgen der Einbruch in die Kultur und der Rückfall um Jahrhunderte. Die Gleichberechtigung der Menschen und der Völker wird beseitigt. Den Ankündigungen des Spenglerschen Cäsarmenschen entsprechend, wird die Technik der Entvölkerung entwickelt. Millionen Angehörige der angeblich niederen Rassen werden vernichtet. Die Geschichte der Menschheit, die immer ein Kampf zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen Gleichberechtigung und Ungleichheit, also eine Geschichte der Klassenkämpfe war, wird in die Geschichte der Rassenkämpfe umgelogen. Wenn wie bei Spengler die historische Betrachtung eine Frage der „Entscheidung des Blutes“ wird, kann man sich über die daraus entstehende Mißachtung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr wundern. Die unantastbaren Forschungsergebnisse der modernen Chemie und Physiologie werden beiseite geschoben.

Was stört es die machtlüsternen Träger der Nazilehre, daß Biologie und Physiologie nach langen und eingehenden Forschungen und Studien beim Menschen vier Blutgruppen festgestellt haben, die auf die verschiedenen Menschenarten, ob weiß, schwarz, gelb oder rot, verteilt sind. Man kann das Blut eines Negers auf einen Weißen übertragen, sofern die gleiche Blutgruppe vorliegt, ohne aus ihm einen Neger zu machen. Solche Bluttransfusionen werden in den modernen Kliniken der ganzen Welt tagtäglich durchgeführt. Gleiche Blutgruppen der sogenannten verschiedenen Rassen vertragen sich völlig friedlich miteinander. Von einer „Blutreinheit“ im „rassischen“ Sinne zu sprechen, ist wissenschaftlich gesehen Unsinn. Auch die Tatsache, daß unsere gesamte Entwicklungswissenschaft eindeutig auf dem Standpunkt eines

einheitlichen Ursprungs der Menschen steht, vermochte die nazistische Irrlehren nicht aufzuhalten. Die Wissenschaft wurde verleugnet, obwohl sie eindeutig lehrt, daß die Rassenmerkmale der Menschen die Ergebnisse ihrer Anpassung an die unterschiedlichen Lebensbedingungen sind und daß diese notwendigen Formen der Anpassung immer mehr sich im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung ununterbrochen verändern und deshalb unwesentlich werden.

Dafür erhebt man die Lüge von der ewigen und unveränderlichen Ungleichheit der Rassen zur Heilslehre eines Volkes mit alter europäischer Kultur. Daß die Rassen ewig ungleich seien, beschwört man, wie aber überhaupt die Rassen entstanden sind, übergeht man, da es nicht in das System paßt. Man beschwört die Rassenlehre als eine Zweckmäßigelehre und ist sogar so schamlos, das nicht einmal zu verdecken. So sagte Hitler bereits im Jahre 1934:

„Die Nation ist ein politischer Ausdruck der Demokratie und des Liberalismus. Wir müssen diese falsche Konzeption loswerden und an ihre Stelle die Konzeption der Rasse setzen, die politisch nicht verbraucht ist. *Ich weiß ganz genau, daß im wissenschaftlichen Sinne nichts Derartiges wie Rasse existiert.* Ich, als Politiker, brauche eine Konzeption, die es möglich macht, die bisherigen historischen Grundlagen zu vernichten und an ihre Stelle eine vollständig neue und ‚antihistorische Ordnung‘ zu setzen und dieser eine intellektuelle Basis zu geben.“

Das hieß die Perfidie und Verworfenheit auf die Spitze treiben. Man brauchte also die angeblich vorherbestimmte Minderwertigkeit der anderen Rassen nur, um die Herrschaft der allein-seligmachenden nordischen Rasse zu begründen. Endlich war damit der Deutsche zum alleinigen Vertreter des wahren arischen Kerns der Welt gemacht. Damit erübrige es sich nach der Nazi- lehre auch, von Weltgeschichte überhaupt noch zu sprechen, da es im Grunde nur eine deutsche Geschichte gäbe.

Zur arischen Auslese gehören selbstverständlich der Adel und die Großgrundbesitzer. Ihre 17 Millionen Hektar Land dürfen nicht an die landarmen Bauern verteilt werden. Der Osten hat

ja genug Land, sagt die räuberische Moral. Man ruft: „Volk ohne Raum“, entwickelt die Lebensraumtheorie und lenkt dadurch die jahrhundertealte Landforderung der deutschen Bauern an den deutschen Großgrundbesitz nach Osten ab.

Und hier ist das Programm, das diese Ideologie gebar: Das deutsche Volk ist dazu berufen, die neue Herrschaft in der Welt zu werden. Wir brauchen Raum, der uns unabhängig macht von jeder Konstellation. Wir brauchen im Osten die Herrschaft bis zum Kaukasus oder bis zum Iran, im Westen die französische Küste, Flandern, Holland. Wir brauchen vor allem Schweden und Norwegen. Wir müssen Europa beherrschen, oder wir werden auseinanderfallen als Nation. In dem Mittelpunkt dieses Reiches soll ein stählerner Kern geschmiedet werden: Österreich, Böhmen-Mähren, der polnische Westen. Ferner ein Ostland, Polen, die baltischen Staaten, Ungarn, die Ukraine, Georgien, das Wolgaland. Nicht ein Bund gleichberechtigter Partner, sondern von Hilfsvölkern ohne Heer, ohne eigene Politik und selbständige Wirtschaft! Das ist die Sprache des räuberischen deutschen Imperialismus. Das ist die angestrebte europäische Ordnung der Sklavenhalter. Um diese Wahnsinnspläne zu verwirklichen, brauchte man den Krieg. Man organisierte ihn. Mit dem frevelhaften Schlachtruf: „Rettet die abendländische Kultur vor dem Bolschewismus!“ bricht der nordische Herrenmensch nach Osten auf, und im Zeichen des Rassenwahns, des Führerfetischismus und des Mythos von der deutschen Sendung verbreiten sich Grauen und Tod, Verwüstung und Leid über einen Erdteil.

Wir hören heute wieder den gleichen Lügenruf aus dem Westen: „Rettet die europäische Kultur vor dem Bolschewismus!“ Wir meinen aber, daß von dem Volke eines Glinka, Tschajkowski, eines Puschkin, Turgenjew und Dostojewski, eines Gogol, Tolstoi und Gorki, eines Tschechow und Majakowski, einem Volke, das der Welt den großen Lenin und Stalin gegeben hat, unter deren Leitung auf einem Sechstel der Erde die Schrecken der kapitalistischen Sklaverei vernichtet und eine Ordnung wirklicher sozialistischer Demokratie geschaffen wurde, der europäischen

Kultur keine Gefahr droht. Diese großen Geister des russischen Volkes haben der europäischen Kultur viel gegeben, und sie sind mit den kongenialen Geistern aller europäischen Völker enger durch die Bande der Kultur verbunden, als es jene durch die Macht des Geldes sind, die mit ihrem dritten Kriege die europäische Kultur vernichten würden.

Uns Deutschen genügt das furchtbare Ausmaß der geistigen und sittlichen Verwilderung, in die unser Volk durch die imperialistische Barbarei gestoßen wurde. Die Kinderschuhe von Maidanek und die Gaskammern von Auschwitz! Welch ein Sturz von der Höhe der reinen Menschlichkeit der Goethischen Iphigenie in die Tiefe der Epoche des Verfalls unter der nazistischen Ideologie.

Auch für die menscheitsfeindliche Lehre des deutschen Faschismus gelten die Worte, die Schiller in seiner „Geschichte des Abfalls der Niederlande“ über die Inquisition schrieb:

„Schändung der Vernunft und Mord der Geister heißt ihr Gelübde; ihre Werkzeuge sind Schrecken und Schande. Jede Leidenschaft steht in ihrem Solde, ihre Schlinge liegt in jeder Freude des Lebens. Selbst die Einsamkeit ist nicht einsam für sie; die Furcht ihrer Allgegenwart hält selbst in den Tiefen der Seele die Freiheit gefesselt. Alle Instinkte der Menschheit hat sie herabgestürzt unter den Glauben . . . und das Grab selbst ist keine Zuflucht vor ihrem entsetzlichen Arme.“¹

Entsetzt muß das deutsche Volk heute von der Irrlehre des Faschismus abweichen, in deren Ungeist sein Name geschändet wurde. Wir Sozialisten wollen mit ihr jedenfalls nichts zu tun haben. Wir zerreißen die blutbefleckten Blätter der nazistischen Irrlehren und werfen sie mit Verachtung und Abscheu der Vergangenheit vor die Füße.

¹ Schillers sämtliche Werke, Säkularausgabe in 16 Bänden, XIV. Band: Historische Schriften, II. Teil, Stuttgart/Berlin o. J., S. 61/62.

Der Weg zur demokratischen Republik

30. Mai 1948

Die Deutschlandfrage steht noch immer auf der Tagesordnung der Welt. Der Terrorstaat Hitlers ist seit mehr als drei Jahren vernichtet. Wir haben die auf der Potsdamer Konferenz gefaßten einmütigen Beschlüsse der Alliierten begrüßt, die vorsehen, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage aufzubauen. Alle Antifaschisten waren dankbar für die Ankündigung, daß der deutsche Militarismus und Nazismus ausgerottet werden sollen und daß die Alliierten Maßnahmen treffen würden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Deutschland niemals mehr die Erhaltung des Friedens bedrohen kann.

Wir müssen leider feststellen, daß die tatsächliche Entwicklung in Deutschland nicht den Vorstellungen entspricht, die wir im Vertrauen auf die Beschlüsse der Alliierten hatten. Wir sind auch enttäuscht durch das Ausbleiben der Bildung einer zentralen deutschen Verwaltungsinstanz, wie sie Punkt 4 der Potsdamer Beschlüsse ausdrücklich vorsah. Die zu den Potsdamer Beschlüssen im Gegensatz stehende Entwicklung in den westlichen Zonen Deutschlands und die nicht auf eine Verständigung abzielende Politik der westlichen Besatzungsmächte, die dazu geführt hat, daß weder die wirtschaftliche Einheit Deutschlands noch die Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung erreicht werden konnte, stellen das deutsche Volk vor die Frage, ob es untätig verharren oder im Rahmen der realen Möglichkeiten sein Geschick selbst in die Hand nehmen will.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat bereits im September 1946 Vorschläge für die staatliche Entwicklung Deutschlands gemacht. Sie unterbreitete der Öffentlichkeit einen Verfassungsentwurf und leitete damit eine breite Diskussion ein, an der sich Politiker und Staatsrechtler aller Richtungen aus allen Teilen Deutschlands beteiligten. Das Vorgehen der SED führte auch zu Vorschlägen anderer Parteien und einzelner besonders interessierter Gruppen, jedoch konnte eine Grundlage für die gemeinsame Entwurfsberatung einer Verfassung durch Vertreter aller demokratischen Parteien nicht gefunden werden. Nicht alle politischen Kreise in Deutschland halten die Notwendigkeit einer Verständigung über die künftige staatliche Konstruktion Deutschlands für so dringlich wie diejenigen, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit allen anderen Aufgaben voranstellen. Es ist daher kein Zufall, daß es die im Deutschen Volkskongreß vereinten fortschrittlichen Kräfte sind, die sich durch ihren gemeinsamen Entschluß zum Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland und einen gerechten Frieden zusammenfanden und die Vorarbeit für den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands in Angriff genommen haben. Es ist dies ein Akt der nationalen Selbsthilfe, der jedem Volk zusteht und der auch dem deutschen Volk nicht verweigert werden kann.

Der vom Deutschen Volkskongreß gewählte Deutsche Volksrat beauftragte einen Verfassungsausschuß mit der Ausarbeitung des Entwurfes einer Verfassung für ganz Deutschland. Diese Aufgabe wird der Verfassungsausschuß unter Beteiligung namhafter Politiker und Wissenschaftler zu lösen versuchen. Es ist höchste Zeit, daß die Grundsätze für eine deutsche Verfassung ausgearbeitet werden und damit für die einzelnen jetzt noch durch Zonen voneinander getrennten Teile Deutschlands die Möglichkeit einer Orientierung und Verständigung über eine zur deutschen Einheit führende Verfassungspolitik geschaffen wird.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Besatzungszonen hinsichtlich der bereits geschaffenen Länderverfassungen treten immer stärker und schärfer in Erscheinung. Vergleicht man die

Gesetzgebungsarbeit der sowjetischen Besatzungszone mit der der westlichen und südlichen Besatzungszonen, so kann man bemerkenswerte Unterschiede feststellen. Während im Westen und Süden vorwiegend an die Verhältnisse von vor 1933 angeknüpft wird und man bestrebt ist, eine formale Demokratie in einem formalen Rechtsstaat herzustellen, liegt das Schwergewicht in der sowjetischen Besatzungszone auf der wahrhaften Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung und auf einer volksverbundenen staatsrechtlichen Entwicklung. Aus diesem Unterschied aber ergibt sich die Gefahr, daß wir uns in Deutschland noch weiter auseinanderleben und dadurch die Verfassungsgestaltung nicht erleichtert, sondern in unerfreulicher Weise erschwert wird. Die in der amerikanischen Besatzungszone geschaffenen Verfassungen haben diese Gefahr bereits offenbar gemacht.

Die bayrische und württembergische Verfassung enthält die Möglichkeit der Aufhebung der Grundrechte und gibt den Staatsregierungen das verhängnisvolle Recht, staatliche und personelle Rechte und Freiheiten aufzuheben. Der in Bayern ausgetragene Kampf um die Frage eines autoritären Präsidenten ist von uns mit großer Besorgnis verfolgt worden. Diese verfassungsmäßigen Bestimmungen waren es, die es den deutschen Faschisten erleichterten, die demokratischen Rechte mit Füßen zu treten und die Macht zu ergreifen. Die verschiedenartige Gestaltung der Landesverfassungen im Westen und Süden Deutschlands begünstigt föderalistische Bemühungen und schafft die Voraussetzungen für Pläne, wie sie in dem Ellwanger Freundeskreis ausgebrütet worden sind. Praktisch würde eine solche Entwicklung darauf hinauslaufen, daß Deutschland in souveräne Länder zerfällt und eine für Deutschland einheitliche Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres gesellschaftlichen Lebens unmöglich wird.

Deutschland muß aus dem gegenwärtigen Durcheinander des Verfassungsspiels herauskommen. Da die Alliierten uns feierlich erklärt haben, daß sie das deutsche Volk nicht vernichten oder in die Sklaverei stürzen wollen, müssen wir von dem Recht unserer Selbstbestimmung Gebrauch machen. Dazu aber muß die Welt

wissen, was wir Deutschen selbst wollen. Als die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihren Verfassungsentwurf der Öffentlichkeit unterbreitete, hat sie bereits darauf hingewiesen, daß sie mit diesem Entwurf keine Parteiziele verfolge, sondern lediglich eine Diskussionsgrundlage schaffen wolle und größten Wert darauf lege, daß von allen Parteien und Trägern des öffentlichen Lebens in Deutschland gemeinsam ein Weg zum Aufbau einer lebensvollen, antifaschistischen und demokratischen deutschen Republik gesucht wird. Es kommt darauf an, daß wir durch eine solche Verfassungsgrundlage die Kräfte der Vergangenheit niederhalten und der Welt eine überzeugende Sicherheit für unsere Friedfertigkeit und die demokratische Entwicklung in Deutschland bieten. Wer daher Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und das deutsche Volk verspürt, muß mithelfen, die nationale Idee der deutschen Einheit in den Mittelpunkt der deutschen Politik zu stellen und die realen Voraussetzungen für ein einheitliches und demokratisches Deutschland zu schaffen.

Wenn man von den Zuständigkeiten ausgeht, welche die Länder nach der Weimarer Verfassung haben, sehen wir sehr wohl den Weg der Verständigung zwischen den einzelnen Parteien in Ostdeutschland. Ein einheitliches Deutschland wird keine Gefahr für die Welt sein, sofern dieser neue Staat vom Geiste der Demokratie und des Friedens erfüllt ist. Nicht die staatsrechtliche Form ist es, die zu einer Gefahr für den Frieden führt, sondern die Beherrschung des Staates durch die aggressiven Kräfte monopolistischer und militaristischer Kreise. Der eigentliche Träger des demokratischen Gedankens war in Deutschland allein die Arbeiterbewegung. Sie hielt das Banner der Demokratie hoch in einer Zeit, als das Bürgertum und die bürgerliche Staatswissenschaft sich noch tief vor Bismarck und den Hohenzollern verbeugten, sich stets auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellten und die preußisch-junkerlich militaristische Ordnung als das unerschütterliche Fundament allen gesellschaftlichen Lebens betrachteten. Das Bürgertum paktierte mit der Reaktion unter dem Prinzip der Gewaltenteilung. Es nahm für sich lediglich die Ge-

setzgebungsgewalt in Anspruch und überließ die faktische Handhabung der Staatsgewalt in Verwaltung und Rechtsprechung den reaktionären Machthabern. Auch 1918 fand das deutsche Volk noch nicht die Kraft, um sich von dem alten bürokratisch-junkerlichen Staatsapparat zu befreien. Es blieb die Bürokratie, es blieb der alte Justizapparat mit seiner Unabsetzbarkeit, es blieben die Generale und damit der preußisch-militaristische Geist. Der Reichspräsident wurde mit verfassungsmäßigen Vollmachten ausgestattet, die die Kompetenzen des früheren Kaisers überstiegen, und damit wurden die verantwortungsvollsten Entscheidungen aus den Händen der gewählten Volksvertreter in die Hand *eines* Mannes gelegt. Die Staatsbürokratie erhielt durch die Machtfülle des Reichspräsidenten eine starke Stütze, die schließlich unter Anwendung des berüchtigten Artikels 48 die Faschisten „legal“ an die Macht brachte.

Die Erfahrungen der Weimarer Republik lehren uns, daß wir in dem kommenden Verfassungswerk Deutschlands alle diktatorischen Institutionen herausbrechen und die Machtstellung der wirklich demokratischen Elemente weitestgehend stärken müssen. Das trifft besonders auf das Parlament zu. Es darf in unserer Verfassung kein selbständiger Willensträger neben dem Parlament aufkommen. Das Parlament selbst muß zum einzigen und alleinigen Träger aller Staatsgewalt werden. Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz! Wer sich der Verwirklichung dieses Grundsatzes entgegenstellt, reißt in Deutschland große Gefahren für die zukünftige Entwicklung auf. Die Vorwürfe, die der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gemacht werden, daß sie die Diktatur und ein Einparteiensystem anstrebe, sind völlig unbegründet. Auf dem Vereinigungsparteitag erklärte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrem Manifest:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist *die Partei des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik*, die dem Volk alle Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sichert, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt, aber Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet. Der Staat, den wir aufbauen, ist ein wahrhaft demokratischer Staat, der auch den Religionsgemeinschaften gegenüber weit-

gehende Toleranz übt. Das neue Deutschland muß eine unteilbare freie deutsche Republik sein.“¹

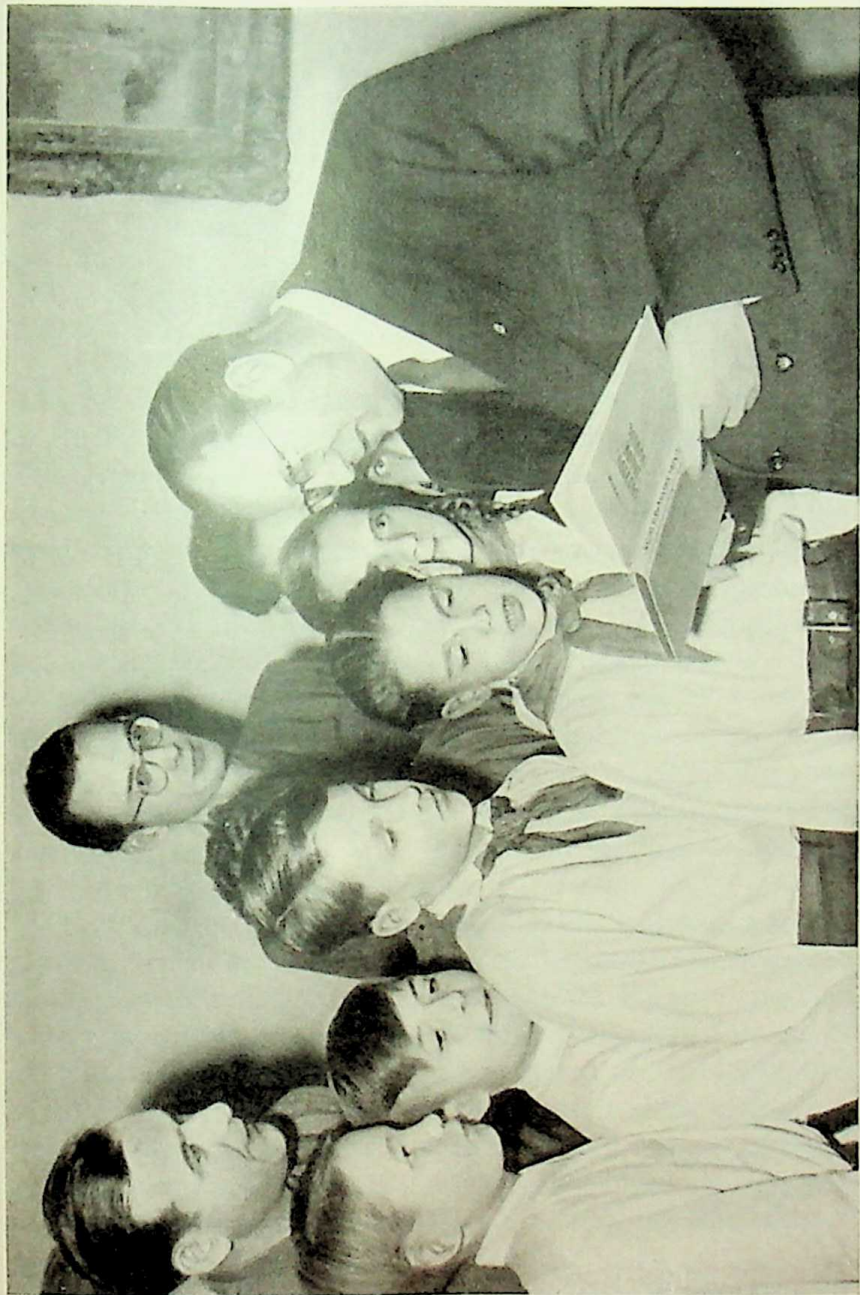
Es war ein verhängnisvoller Fehler der Weimarer Zeit, daß alle Verfassungsfragen, ihre Auslegung, ihre Anwendung und ihr Mißbrauch in Parlamenten, Ausschüssen, Regierungsstuben oder Gerichtshöfen verhandelt wurden, während das Volk kaum davon berührt wurde. Als das Volk die ihm zuteil werdende Mißachtung merkte, war es zu spät, denn das Fell war ihm bereits über die Ohren gezogen. Das darf Deutschland niemals wieder erleben. Lebhaftige und wachsame Teilnahme des gesamten Volkes an den Fragen der Verfassung ist eine wirkliche Gewähr für ihre Sicherheit und ihren Bestand.

Die Verfassung muß daher für alle Volksschichten ein lebendiges Erlebnis werden, damit es nicht wieder eines Tages für die Verteidigung der Verfassungsgrundlage zu spät ist. Ein solches Verhältnis des ganzen deutschen Volkes zu der demokratischen Staatsgrundlage wird dazu beitragen, die Demokratisierung Deutschlands zu sichern und damit das Vertrauen der Welt zu gewinnen. Wer es darum gut mit seinem Volke meint, muß sich über die Gegensätze verschiedenster Art zu gemeinsamer Arbeit aller antifaschistisch-demokratischen Aufbaukräfte erheben können. Wir treten in der Frage der Verfassung aus dem Rahmen unserer Partei heraus und wünschen diese Frage von der Perspektive unseres ganzen Volkes aus zu behandeln. Gewiß haben wir Sozialisten dabei unseren besonderen sozialistischen, die Christen ihren christlichen oder die Liberalen ihren liberalen Standpunkt zu vertreten. Mögen die verschiedenartigsten Anschauungen unserer Gesellschaft miteinander ringen. Als Marxisten stehen wir in diesem Ringen zu den Worten von Karl Marx:

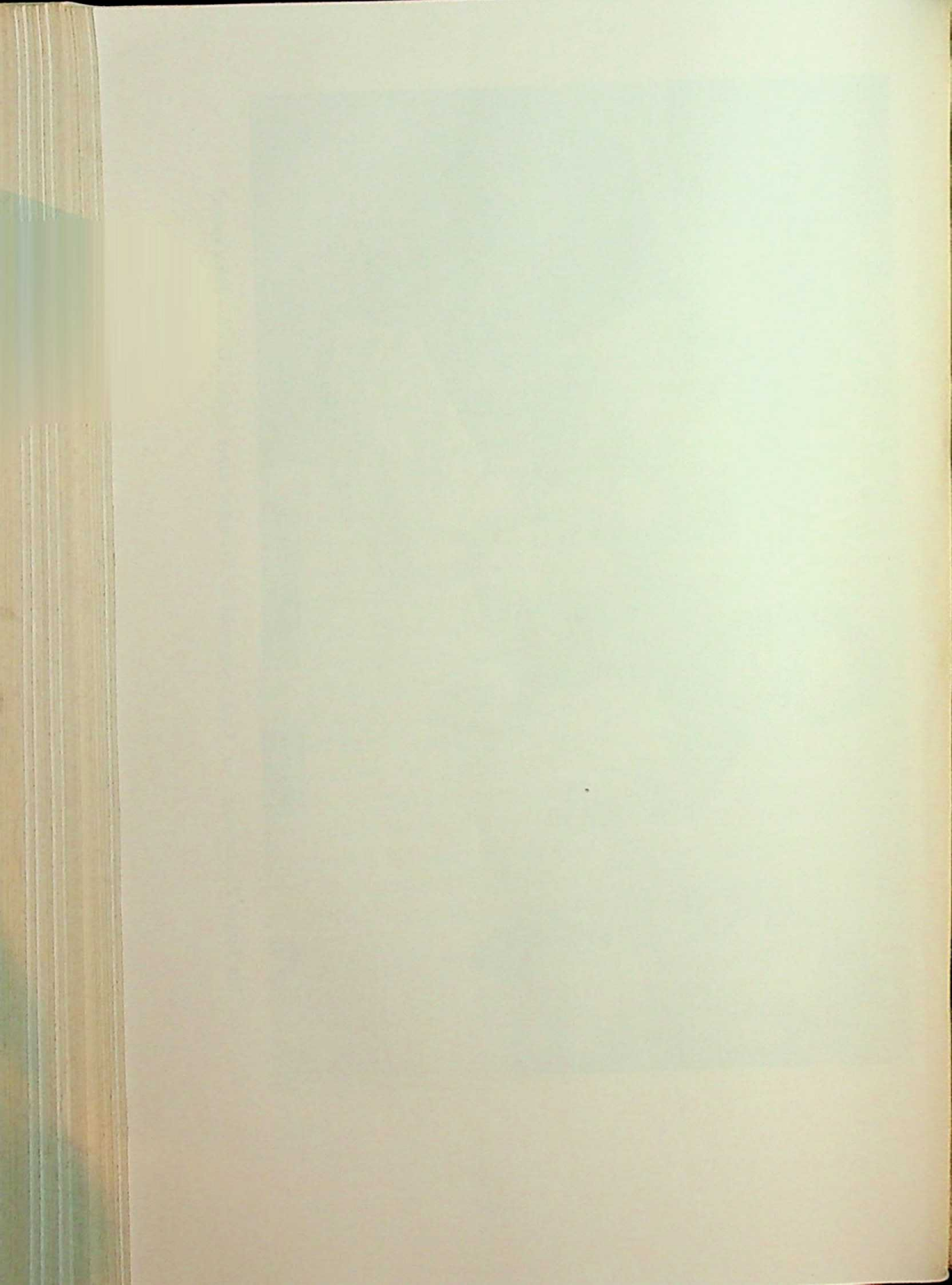
„Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.“²

¹ „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 200.

² Karl Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 123.



Ein Junger Pionier erhält von Otto Grotewohl ein Exemplar seines Buches „Dreißig Jahre später“



Volksbegehren – Auftrag der Nation

5. Juni 1948

In den Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone hat die Bevölkerung das vom Deutschen Volksrat durchgeführte Volksbegehren nahezu einmütig unterstützt. In Thüringen und Sachsen haben sich bereits mehr als 90 Prozent der Stimmberechtigten eingezeichnet. Dabei ist es besonders erfreulich, daß sich die Jugend auf den Sonderlisten mit 86 Prozent an der Einzeichnung beteiligt hat. Die Einzeichnungsergebnisse einzelner Landkreise, wie beispielsweise im Landkreis Hildburghausen mit 98,4 Prozent, Zwickau mit 99,3 Prozent, Großenhain mit 97,3 Prozent und Dippoldiswalde mit 96,9 Prozent, lassen erkennen, wie lebendig der Appell des Deutschen Volksrates von allen Schichten unseres Volkes aufgenommen wurde. Niemand will beiseite stehen und fehlen, wenn es gilt, seine Stimme für die Einheit Deutschlands in die Waagschale zu werfen.

Alle Versuche der in- und ausländischen Spaltungspolitiker, den Sinn des Volksbegehrens zu verfälschen und die Bevölkerung auch der sowjetischen Besatzungszone von der Einzeichnung zum Volksbegehren abzuhalten, sind kläglich gescheitert. Der immer wiederkehrende Versuch, das Volksbegehren als überflüssig hinzustellen, hat das deutsche Volk nicht davon abhalten können, ein nationales Bekenntnis abzulegen und damit den im Deutschen Volksrat zusammenwirkenden politischen Kräften den Auftrag zur energischen Fortführung des Kampfes um die Einheit Deutschlands zu erteilen.

Die von der Londoner Konferenz und aus dem Westen Deutsch-

lands kommenden Meldungen der letzten Tage bestätigen in unverhüllter Weise die seit langem getroffene Entscheidung der Westmächte, einen westdeutschen Staat zu bilden und im Westen Deutschlands mit Hilfe einer separaten Währungsreform eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die lediglich auf das Interesse der Westmächte, nicht aber auf die Interessen des ganzen deutschen Volkes gerichtet ist. Der Deutsche Volkskongreß fand in ganz Deutschland einen so starken Widerhall, daß es die christlichsozialen, bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Parteiführer Westdeutschlands zunächst für ratsam hielten, die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands den Westmächten zuzuschieben. Dieser Versuch der westdeutschen Spaltungspolitik, ihre Verantwortlichkeit für die Verhinderung der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu bemänteln, ist fehlgeschlagen. Für die Westmächte mußte die Mitwirkung deutscher Politiker bei ihrem Spaltungsvorhaben von entscheidender Bedeutung sein, weil nur so eine Aussicht dafür bestand, die Verwerflichkeit der Spaltungspolitik dem deutschen Volke gegenüber zu verschleiern und durch die Teilhaberschaft westdeutscher Politiker zu rechtfertigen.

Im Westen Deutschlands und in Berlin setzten die Westmächte die Mittel ihrer „westlichen Demokratie“ ein, um das deutsche Volk von der Unterstützung der Bestrebungen des Deutschen Volkskongresses und des Deutschen Volksrates abzuhalten. An die Seite der seit langem betriebenen verleumderischen Pressekampagne traten nunmehr eine ganze Reihe von Verbots- und Terrormaßnahmen. Die gleichen Geschütze sind in voller Breite jetzt auch gegen das Volksbegehren gerichtet. Damit zeigen die Westmächte, wie gering ihre Achtung vor dem Recht der freien Entscheidung der Völker ist.

Die Haltung der Westmächte dem deutschen Volke gegenüber berechtigt uns heute zu der Frage, ob ihre Politik überhaupt auf die Freiheit des deutschen Volkes und seine demokratische Entwicklung abzielt. Wäre das wirklich der Fall, dann wäre es undenkbar, daß durch Machtanwendung ein Volksbegeh-

ren unterdrückt wird, welches dem deutschen Volke die Entscheidung über seine Zukunft übertragen will. Eine Besatzungsmacht, die ernsthaft die demokratische Festigung in Deutschland anstrebt, würde es niemals dulden, daß ein Angehöriger dieser Besatzungsmacht das Volksbegehren in niederträchtigster Weise dadurch zu diffamieren versucht, daß er sich unter Vorspiegelung falscher Personalangaben angeblich zwölfmal in die Einzeichnungslisten einträgt und bar jedes demokratischen Schamgefühls diese „Heludentat“ in die Presse bringt. Große Teile des deutschen Volkes haben den Glauben, daß es sich für die Westmächte um die Sicherung der Demokratie in Deutschland handle, längst verloren. Sie sind mit uns der gleichen Auffassung, daß diese Politik das deutsche Volk von einem nationalen Zusammenschluß abhalten will.

Die Westmächte wissen sehr wohl, daß die Einheit Deutschlands auf der Grundlage einer demokratischen Politik möglich ist und die Unterstützung aller friedliebenden Völker finden würde. Sie fürchten aber, daß ein einheitliches, antifaschistisches, demokratisches Deutschland sich nicht vom ausländischen Monopolkapital mißbrauchen und ausbeuten lassen würde. Aus diesen Überlegungen heraus ergibt sich ihre Spaltungspolitik in Deutschland. Diese Politik führt zum Bündnis der ausländischen Monopolisten mit dem wiederauflebenden deutschen Monopolkapital. Die Leidtragenden eines solchen Bündnisses sind allein die werktätigen Schichten Deutschlands und besonders der westdeutschen Gebiete. Es ist eine vaterländische Schmach, daß sich deutsche Politiker zur Unterstützung dieser verhängnisvollen Spaltungspolitik bereit gefunden haben. Ihr ganzer verleumderischer Einsatz und ihre großen Bemühungen, die Unterdrückungs- und Verbotmaßnahmen der Besatzungsmächte zu fördern und zu rechtfertigen, haben freilich nicht verhindern können, daß auch in Berlin und im Westen Deutschlands die Einzeichnung für das Volksbegehren dennoch weiter erfolgreich vor sich geht.

Ein Gesamtüberblick über die Einzeichnung im Westen Deutschlands liegt noch nicht vor. Die gemeldeten Einzeichnungen in Schleswig-Holstein und im Ruhrgebiet zeigen eine wachsende An-

teilnahme der nordwestdeutschen Bevölkerung am Volksbegehren. In einzelnen Orten haben sich bereits heute mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen. Trotz der Unterdrückung der Propaganda für das Volksbegehren, trotz aller Verbote und Schikanen hat sich ein großer Teil der Bevölkerung nicht davon abhalten lassen, sein Bekenntnis für ein einheitliches und demokratisches Deutschland abzulegen. Diese Haltung zeigt uns, daß die Durchführung des Volksbegehrens ohne jegliche Behinderung, ohne Verbote und ohne die planmäßige Unterdrückung demokratischer Organisationen und ihrer Presse in allen Teilen Deutschlands zu einer überwältigenden Kundgebung für Deutschlands Einheit führen würde. Wenn trotz der rücksichtslosen Unterdrückung der freien Meinung, trotz Hetzen von Polizeihunden auf die Werber für das Volksbegehren, trotz der polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung, trotz der Verbreitung von Lügen und Verleumdungen, trotz der Androhung von Entlassungen und sonstiger Abschreckungsmaßnahmen Frauen und Männer aller Schichten des deutschen Volkes den Mut haben, sich für Deutschlands Einheit einzusetzen, dann dürfen wir dem Ergebnis des weiteren Kampfes um die Ziele des deutschen Volkskongresses in voller Zuversicht entgegensehen.

Es muß uns freilich völlig klar sein, daß die westlichen Besatzungsmächte, die sich nur noch ungern an jene Vereinbarungen erinnern, die sie zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und zur Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen verpflichten, die Stimme des deutschen Volkes nicht hören wollen. Die Welt soll nicht hören und wissen, daß diese auf die Spaltung Deutschlands abzielende Politik vom deutschen Volk abgelehnt und bekämpft wird. Auch jene westdeutschen Politiker, die seit langem der Politik der Westmächte und damit der Spaltung Deutschlands Vorschub geleistet haben, müssen ein Bekenntnis der deutschen Frauen und Männer zur deutschen Einheit scheuen. Sie geraten in eine völlig unhaltbare Situation, wenn durch ein Volksbegehren der Nachweis erbracht wird, daß alle ihre Maßnahmen, die letzten Endes die Spaltung Deutschlands

bewirken, gegen den Willen ihres eigenen Volkes durchgeführt worden sind. *Sie müssen die Stimme Deutschlands fürchten, darum sind sie gegen das Volksbegehren.* Weil jede Stimme für das Volksbegehren eine Mißtrauenserklärung gegen ihre Politik des Vaterlandsverrates ist, deshalb kämpfen sie Arm in Arm mit den kriegerischen Monopolmächten und ihren Besatzungstruppen gegen die Durchführung des Volksbegehrens. Es ist die Furcht vor dem Volke, die sie zu erbitterten Gegnern des natürlichsten demokratischen Rechtes eines Volkes macht. Sie haben kein morales und politisches Recht, noch weiterhin irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die gegen die Einheit Deutschlands gerichtet sind, wenn ihnen durch den Willen des ganzen Volkes unverhohlen gesagt wird, daß sie kein Recht haben, solche Maßnahmen durchzuführen. Ihre Politik wird genauso rechtlos, wie es die Politik Hitlers war.

Wir zweifeln nicht daran, daß alle Frauen und Männer des deutschen Volkes auch im Westen Deutschlands sich trotz der Verbote nicht abhalten lassen werden, das Volksbegehren zu unterstützen. Mag aber schließlich das Gesamtergebnis des Volksbegehrens ausfallen wie es will, die bisherigen Ergebnisse lassen bereits heute schon keinen Zweifel mehr zu, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes der Spaltungspolitik und damit der Politik der Westmächte eine entschiedene Absage erteilt hat. Den westdeutschen Politikern in den Landtagen und Regierungstuben wird durch das Ergebnis der Abstimmung jeder Schein einer Berechtigung für ihre Handlungen aus der Hand geschlagen werden. Es gilt daher, weiter zu arbeiten. Der Erfolg muß noch größer werden. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß das Volksbegehren des Deutschen Volksrates für die fernere Gestaltung Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist. Das Volksbegehren wird als historisches Ereignis in die deutsche Geschichte eingehen und auf die Zukunft unseres Volkes eine tiefgreifende Wirkung ausüben.

Warum wir ein Volksbegehren für die deutsche Einheit durchführten

Juli 1948

Die Volksbefragung über die staatliche Zukunft Deutschlands wurde notwendig, weil die westlichen Besatzungsmächte sich weigerten, die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen der Alliierten über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Errichtung zentraler Verwaltungen durchzuführen. Immer offenkundiger zeigten die von den Westmächten getroffenen Maßnahmen, daß sie die Entwicklung des deutschen Staatslebens nicht im Sinne der Potsdamer Vereinbarungen gestalten wollen, sondern daß sie beabsichtigen, entscheidende Teile der deutschen Wirtschafts- und Volkskraft einer westeuropäischen Blockbildung einzugliedern.

Der Sinn einer westeuropäischen Blockbildung ergibt sich aus der Frontstellung gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten Südosteuropas. Die Politik der Westmächte fand in Deutschland die Unterstützung separatistischer Kreise, die im Kampf gegen den Sozialismus ihre politische Aufgabe sehen. Diese Kreise stellen ihre Sonderinteressen vor das nationale Interesse des deutschen Volkes und fanden sich zur Unterstützung und Rechtfertigung aller Maßnahmen bereit, die unweigerlich zur Spaltung Deutschlands führen mußten. Hierbei leistete die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie bereitwillig Helferdienste, wurde zum Verbündeten der monopolkapitalistischen Interessen und zum Träger einer zügellosen antisowjetischen Hetze.

Ein einiges Zusammenstehen der politischen Organisationen

der Werktätigen in Stadt und Land, um gemeinsam im Sinne der Potsdamer Vereinbarungen die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung durchzuführen, war das Gebot der Stunde. Leider gelang es den Westmächten, die Schaffung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung im Westen Deutschlands und in Berlin zu verhindern. Die opportunistische Führung der westdeutschen Sozialdemokratie folgte der Politik der Westmächte, obgleich die monopolkapitalistische Steuerung dieser Politik von niemandem übersehen werden kann. Die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung und die antisowjetische Politik der sozialdemokratischen Parteiführung stärkte wiederum den Einfluß monopolkapitalistischer Kreise in Westdeutschland. Es kam in den westlichen Besatzungszonen weder zu einer Bestrafung der Kriegsverbrecher noch zu einer Bodenreform, die alte Bürokratie beherrscht bereits wieder triumphierend den Staatsapparat, und der wirtschaftlichen Ausbeutung der werktätigen Volksschichten durch das in- und ausländische Monopolkapital sind keine wirksamen Schranken gezogen. Alle Bemühungen, Schumacher und die westdeutschen bürgerlichen Parteiführer für die Teilnahme an einer gemeinsamen nationalen Front zu gewinnen, um das Verlangen des ganzen deutschen Volkes nach einem einheitlichen und demokratischen Staat sichtbar zu machen, waren zum Scheitern verurteilt. Sollte die Welt den Eindruck gewinnen, daß das deutsche Volk auf die Wiederherstellung seiner Einheit verzichte? Mußte nicht vielmehr laut und vernehmlich der Welt klargemacht werden, daß der Kern jeder deutschen Politik die Wiederherstellung der deutschen Einheit sein wird? Das einheitliche demokratische Deutschland bedeutet nicht nur die Gemeinsamkeit der kulturgeschichtlich zusammengehörenden Volksteile, es ist vielmehr die einzige Möglichkeit, um die fortschrittlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte zu voller Entfaltung zu bringen und Frieden, Demokratie und einen dauerhaften Wohlstand zu sichern.

Nachdem der für die Schaffung eines Friedensvertrages für Deutschland eingesetzte Rat der Außenminister durch die Hal-

tung der Westmächte in London seine Ohnmacht ebenso bewiesen hatte wie der für die Regelung gesamtdeutscher Fragen eingesetzte Interalliierte Kontrollrat, blieb dem deutschen Volke nur noch der Weg der nationalen Selbsthilfe. So ergab sich der Entschluß zur Einberufung des Deutschen Volkskongresses und zur Wahl des Deutschen Volksrates. Der Deutsche Volksrat setzt sich aus Vertretern aller Parteien und aller Teile Deutschlands zusammen. Der Entschluß des Volksrates, das deutsche Volk zu einem Volksbegehren über die Einheit Deutschlands aufzurufen, ergab sich aus dem negativen Verlauf der Verhandlungen der Besatzungsmächte und den einseitigen Maßnahmen der Westmächte. Es kam darauf an, die Spaltung Deutschlands abzuwehren und noch in letzter Stunde den Willen des deutschen Volkes in die Waagschale zu werfen. Das war der Sinn des Volksbegehrens. Wie lächerlich und verlogen erwiesen sich die Erklärungen der ausländischen und westdeutschen Spaltungspolitiker, daß sich ein Volksbegehren über ein einheitliches Deutschland erübrige, da jedermann wisse, daß das deutsche Volk die Wiederherstellung seiner Einheit wünsche. Noch während des Abdruckes solcher Hinweise überstürzten sich die Berichte über den Verlauf der Beratungen der Westmächte in London und ließen erkennen, daß die Zerreißung Deutschlands unmittelbar bevorsteht und es höchste Zeit ist, die Welt auf den undemokratischen Charakter der Politik der Westmächte hinzuweisen.

Das deutsche Volk nahm mit Bestürzung von den in London gefaßten Beschlüssen der Westmächte Kenntnis. Jetzt ist es klar, warum die Westmächte die Durchführung des Volksbegehrens zu verhindern versuchten. Jede Einzeichnung für das Volksbegehren war praktisch eine Demonstration, die sich gegen die Fortsetzung der Spaltungspolitik der Westmächte richtete. Auch der Entschluß der westdeutschen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei, die Durchführung des Volksbegehrens und damit die Ausübung eines der demokratischsten Rechte zu bekämpfen, erschien jetzt im neuen Lichte. Die Londoner Spaltungsbeschlüsse brachten Klarheit darüber, daß die Herstellung der deutschen

Einheit keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern nur das Ergebnis eines entschlossenen demokratischen Kampfes sein wird.

Das Volksbegehren war der erste Schritt in diesem Kampfe. Die über 14 Millionen Stimmen des Volksbegehrens fordern ein einheitliches demokratisches Deutschland und wenden sich gegen die Londoner Beschlüsse der Westmächte. Über 14 Millionen Deutsche haben den westdeutschen Spaltungspolitikern ihr Mißtrauen ausgesprochen, und viele Millionen Menschen im Süden und Westen Deutschlands sind nur durch die undemokratischen Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen der Westmächte sowie durch die Verleumdungen der deutschen Spaltungspolitiker abgehalten worden, ebenfalls ihre Stimme für Deutschland zu erheben. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß unser Kampf für ein einheitliches und demokratisches Deutschland vollen Erfolg bringen wird, denn es handelt sich dabei um die einzig mögliche Lebensgrundlage unseres Volkes. Die wenigen, die ihre Sonderinteressen den nationalen Interessen Deutschlands voranstellen, mögen im Bündnis mit dem ausländischen Monopolkapital ihre Rettung sehen. Die Werktätigen aller Teile Deutschlands aber werden erkennen, daß die Zukunft unseres Volkes von der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in ganz Deutschland abhängt. Im Deutschen Volksrat kommt der einheitliche Wille dieser Kräfte zum Ausdruck. Es wird Aufgabe des Deutschen Volksrates sein, den Kampf um die Einheit Deutschlands mit der Arbeiterklasse an der Spitze weiterzuführen. Das Volksbegehren war ein erster Schritt. Er war notwendig und ein Zeichen des Lebenswillens unseres Volkes für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland.

Über das Wesen der deutschen Demokratie

Schlußwort auf der 4. Sitzung des Deutschen Volksrates

3. August 1948

Der Verfassungsausschuß ist in seiner Arbeitsmethode ein wenig anders an die Fragen herangegangen, als das bisher bei Verfassungsberatungen üblich war – nämlich einen vorliegenden Entwurf zu nehmen und nun an ihm herumzuschneiden und herumzuflicken, ihn zu verbessern oder zu verschlechtern, um schließlich so etwas wie einen Verfassungsentwurf zu bekommen. Wir haben dieses Verfassungswerk auch in unserer Arbeitsmethode anders angefaßt. Wir haben keinen fertigen Entwurf zugrunde gelegt, sondern wir haben die grundsätzlichen Prinzipien, die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bewegungsgesetze unserer Zeit zu analysieren versucht, um aus diesem gesamten gegenwärtigen staatlichen Sein und seinen Entwicklungsmöglichkeiten heraus diese Richtlinien wachsen zu lassen. Darum glauben wir in Anspruch nehmen zu dürfen, daß die Richtlinien lebendig sind, wie hier von einigen Diskussionsrednern gesagt wurde.

Für uns war es bei der Erarbeitung des Stoffes von entscheidender Bedeutung, in die Zeit der Weimarer Republik zurückzugehen und diese Zeit zu analysieren. Die Geschichte der Weimarer Republik, die sich vor unser aller Augen abgespielt hat und in der wir zum größten Teil selbst Akteure gewesen sind, ist ja eine ernste Mahnung für uns. Die Lehren, die wir daraus zu ziehen haben, galt es in dieser Verfassung zu berücksichtigen. Die eingehende kritische Analyse der Verfassungsentwicklung in der Epoche der Weimarer Republik und die rücksichtslose Aufdek-

kung aller Schwächen und Mängel dieser mehr formalen Demokratie mußte für uns der Ausgangspunkt für die Neugestaltung unseres Verfassungswesens werden. Wir sind an diese kritische Betrachtung der Weimarer Zeit weniger vom Standpunkt des Fachjuristen oder des Verfassungsrechtlers herangegangen als vielmehr von den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

So liegen diese Richtlinien jetzt hier vor. Sie sind der Ausdruck des ernstesten Ringens nach einer für ganz Deutschland tragbaren Linie, der Einigung der verschiedensten Auffassungen unter fortschrittlichen demokratischen Prinzipien.

Wenn man diese Richtlinien so ansieht, dann, glaube ich, muß man auch der Meinung sein, daß die hier in der Debatte zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkte und Zweifel in den weiteren Beratungen des Verfassungsausschusses eine sehr breite und sehr erfolgreiche Berücksichtigung finden können. Ich möchte es mir ersparen, auf die einzelnen Diskussionspunkte hier näher einzugehen. Ich darf mir aber vielleicht erlauben, über einige dieser Punkte, die mir von besonderer Wichtigkeit zu sein scheinen, kurz zu sprechen. Diese beiden Gesichtspunkte treffen nach meiner Meinung auch das wesentlich Neue dieses Verfassungsentwurfs.

Es ist einmal die Frage der Einschätzung und Bewertung der politischen Massenorganisationen, und es ist zweitens die Frage des Funktionierens des Parlaments und seiner Arbeitsfähigkeit. Diese beiden Gesichtspunkte sind von grundsätzlicher Bedeutung. Sie stellen in der Tat im Verfassungswesen Deutschlands ein Novum dar.

Die Frage der Bewertung der politischen Massenorganisationen, das heißt ihrer Beteiligung am politischen Leben unserer Zeit, ist von einigen Diskussionsrednern bereits behandelt worden. Ich bitte auch die Damen und Herren, die bisher der Auffassung sind, daß es für die Neugestaltung der deutschen Politik darauf ankomme, als Ausgangspunkt das Wirken der politischen Parteien mit einem Vorrecht auszustatten, sich noch einmal sehr ernstlich die Erfahrungen, die wir mit der Nur-Parteienwirtschaft in Deutschland gesammelt haben, zu überlegen.

Wenn man die Dinge einer solchen Betrachtung unterzieht, dann, glaube ich, müssen Sie mir zugeben, daß das moralische Ansehen der politischen Parteien in Deutschland durch die Art ihrer Arbeit sich vor 1933 keineswegs in einer nach oben steigenden Linie bewegte, sondern sich in einem überaus bedauerlichen, aber gerechtfertigten Niedergang offenbart hat. Diese Entwicklung müssen wir doch bei der Beurteilung unserer Verhältnisse ernstlich überprüfen. Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob es uns gleichgültig sein kann, ob eine Massenorganisation wie etwa der Demokratische Frauenbund, der, wie hier berichtet wurde, heute über 300 000 Mitglieder verfügt, bei der Gestaltung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens oder unserer Erziehungsfragen mitwirken oder ob er davon ausgeschaltet sein soll. Ich sehe keinen triftigen Grund, warum man eine solche Manifestation des deutschen Frauenwillens von der Gestaltung des öffentlichen deutschen Lebens ausschalten sollte. Heute sind es 300 000 Frauen. Wissen wir denn, ob es nicht in wenigen Monaten oder in einem Jahre 3 Millionen Frauen sein können? Haben wir ein Recht, einen solchen starken Willen der deutschen Frauen zur Mitarbeit auszuschalten? Gewiß, man kann den Einwand machen, diese Frauen sollten in die politischen Parteien hineingehen. Wir wissen aber, es gibt unendlich viele Frauen, die nicht in politische Parteien hineingehen wollen. Wir sind als Vertreter von Parteien alle, von einem gleichen Interesse ausgehend, mit der Frage beschäftigt, möglichst viele Frauen in das Parteileben hineinzuziehen; aber wir können doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es Millionen von Frauen gibt, die sehr wohl an dem Aufbau und der Entwicklung ihres Vaterlandes mitwirken wollen, die es aber gegenwärtig noch ablehnen, sich einer politischen Partei anzuschließen. Das ist eine Tatsache, an der wir nicht vorbeikommen können. Ist nicht eine solche Frauenorganisation, gerade soweit es sich um die Entwicklung des Friedenswillens des deutschen Volkes handelt, von einem unschätzbar hohen Wert für die Entwicklung der deutschen Politik?

Wir müssen neue Probleme neu sehen lernen, und wir werden

uns mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen. Ich glaube, daß wir es in einer ernsten und ruhigen Diskussion sehr wohl möglich machen können, uns in diesen Fragen zu verständigen.

Was ich hier für den Demokratischen Frauenbund gesagt habe, trifft mindestens in gleichem Umfang für eine so starke Bewegung wie die Freie Deutsche Jugend zu, trifft insbesondere für eine so mächtige und bedeutsame Massenorganisation wie die Gewerkschaftsbewegung zu. Wir sehen, daß es sehr schwer ist, mit dem alten Standpunkt „Die Politik wird von den politischen Parteien gemacht“ auf die Dauer in Deutschland zu einer fruchtbaren Entwicklung und allseitigen aktiven Teilnahme des Volkes am politischen Leben zu kommen.

Ich meine, die Aufgabe der deutschen Politik darf nicht darin bestehen, eine Begrenzung durch Parteien herbeizuführen, sondern das Wesen unserer Demokratie muß darin bestehen, in breiter Form und auf breitestem Fundament dafür zu sorgen, daß sich alle guten Kräfte unseres Volkes, in welcher Form es auch immer sei, für den demokratischen Aufbau unseres Landes einsetzen müssen.

Darüber hinaus möchte ich ein Wort zu dem sagen, was Herr Dr. Acker hier ausführte, zu dem Bestreben in Westdeutschland, die zur Zeit vorhandenen elf Länder einer neuen Veränderung zu unterziehen, wieder neue Ländergrenzen zu machen und diese neuen Ländergrenzen als die Grundlage der weiteren Länderpolitik im Westen Deutschlands anzusehen. Ich bin der Auffassung, daß dieses gegenwärtige Suchen nach neuen Ländergrenzen im Westen keineswegs nur ein unbedeutendes Puzzlespiel ist, sondern daß es sich dabei um den Versuch der Alliierten in Deutschland handelt, das Gesicht Deutschlands so endgültig zu verändern, daß wir Deutschen uns selbst nicht mehr erkennen.

Ich bin der Meinung, daß dieser Versuch, immer wieder neue Ländergrenzen in Deutschland zu gestalten, welcher Art sie auch sein mögen, nicht im Interesse einer deutschen ruhigen und vernünftigen Entwicklung liegt und daß wir alle Ursache haben, uns mit Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen zu wehren.

Ich komme damit zur zweiten Frage, nämlich zur Frage der Arbeitsmethode des Parlaments und der Regierung. Es handelt sich bei diesen Bestimmungen, die im Punkt III über die Regierung der Republik festgesetzt sind, um verfassungsrechtliche Bestimmungen, die, soweit ich das Verfassungsrecht übersehe, überhaupt vollkommen neu sind. Hier wird mit neuen Formen ein neuer Weg, eine neue Arbeitsmethode gesucht. Das Verfassungswerk in Deutschland darf kein Verfassungswerk sein, das durch die Auffassungen der Besatzungsmächte bestimmt wird, sondern muß sich nach den spezifisch deutschen Gesichtspunkten orientieren. Ich bin der Meinung, man kann die Demokratie nicht wie einen Baum aus einem Lande in ein anderes verpflanzen. Eine wirkliche Demokratie, die volksnah sein soll, muß aus dem Leben dieses Volkes selbst heraus gewachsen sein. Wir können also ebensowenig die besonderen bürgerlich-demokratischen Formen, die sich in Amerika entwickelt haben, wie die in einer jahrhundertalten Tradition in England gewachsenen oder die auf 1789 zurückgehende französische bürgerlich-demokratische Form auf Deutschland übertragen. Genausowenig aber kann man etwa mechanisch auf Deutschland – ich sage das, damit hier keine Mißdeutung entstehen kann – die Verfassungsform übertragen, die sich die sowjetische Arbeiterklasse in einem dreißigjährigen revolutionären Kampf gegeben hat, die sich aus den besonderen Lebensbedingungen der Sowjetunion entwickelt hat.

Ich meine also, daß wir nach Wegen suchen müssen, die unseren Erfahrungen entsprechen. Die Bestimmungen, die hier in Punkt III unserer Richtlinien niedergelegt sind, versuchen diesen Weg zu gehen. In den Bestimmungen über Mißtrauensvotum und Neuwahlen wird gesagt:

„Die Tätigkeit der Regierung endet mit der Annahme eines Mißtrauensantrages durch die Volkskammer. Der Mißtrauensantrag kommt nur zur Abstimmung, wenn gleichzeitig mit ihm der neue Ministerpräsident und die von ihm zu verfolgenden Grundsätze der Politik vorgeschlagen werden. Über den Mißtrauensantrag und diese Vorschläge wird in ein und derselben Abstimmungshandlung entschieden.“¹

¹ „Neues Deutschland“ vom 6. August 1948.

Hier liegt wirklich etwas Neues vor. Diese Bestimmung, meine Damen und Herren, ist aus der Erfahrung der Weimarer Republik entstanden. Wir sind der Meinung, daß eine Demokratie die allgemeine Teilnahme aller politischen Gruppen voraussetzen muß, wie es ja auch in den Richtlinien vorgesehen ist, daß sie auch die Verpflichtung übernehmen muß, ein Parlament arbeitsfähig zu erhalten. Denn die Parlamentarier eines Parlamentes sind vom Volke nicht gewählt, um Zirkus zu veranstalten, wie es oft in der Weimarer Periode geschah, sondern um ernsthaft zu arbeiten.

Diese Bestimmungen drücken also den Willen des Volkes aus, von jedem Parlament zu verlangen, daß es Verantwortung und Pflichtbewußtsein seiner Arbeit gegenüber entwickelt.

Damit darf ich noch zu einer Frage Stellung nehmen, die von dem Redner der CDU hier aufgeworfen worden ist und die die Frage des Kriegsdienstes und der Kriegsächtung betrifft. Ich schätze sehr hoch den ethischen Willen, von dem diese Anträge und Anregungen ausgehen. Ich brauche nicht zu betonen, daß ich den Krieg nicht liebe, sondern den Frieden. Aber ich möchte doch gern, daß wir uns in einer solchen Frage, die im Verfassungsausschuß bereits ernsthaft diskutiert wurde und in der ersten Aussprache zu keinem Ergebnis geführt hat, keinen Illusionen hingeben. Ich bin nämlich der Meinung, daß es wahrscheinlich berechtigt ist zu glauben, daß dieses hohe ethische Prinzip des Christentums, das „Friede auf Erden“ sagt und das sich an ethische Verpflichtungen des einzelnen wendet, nicht stark genug ist, um die politischen Auswirkungen zu erzielen, die man davon erhofft. Sehen Sie, die Kirche und die Religion haben doch 2000 Jahre Zeit und Gelegenheit gehabt, diese Prinzipien, die nicht neu sind, sondern die auch in Jahrhunderten vor uns die religiösen Menschen vertreten haben, zu verwirklichen. Es ist ihnen nicht gelungen, diese so wichtige Frage des menschlichen Zusammenlebens zu realisieren und dadurch weltumwälzende Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Lebens zu vollziehen. Diese Veränderungen vollziehen sich doch auf einer

anderen Basis. Ihr Appell an die Religion und der Hinweis darauf, daß aus Ihren religiösen Empfindungen heraus diese Anregungen entspringen, ist doch, gesehen an der politischen Entwicklung in der ganzen Welt, sicherlich ein Argument, das nicht sehr stichhaltig ist. Schauen Sie doch: Ich glaube bestimmt, daß drüben die Amerikaner, die heute noch das maßgebliche Wort über die Herstellung und Anwendung der Atomwaffe haben, es weit von sich weisen würden, wenn man ihnen sagen würde, sie seien antichristlich. Sie nehmen sicher für sich in Anspruch, daß sie sehr religiöse Menschen sind und daß sie von dieser Basis aus ihre politischen Anschauungen und strategischen Maßnahmen für die Durchführung eines Krieges in keiner Weise beeinträchtigen lassen. Ich glaube, es ist das eine Illusion, so schön diese Gedankengänge sind, und so sehr wir auch danach suchen können, einen Weg zu finden, der diese Prinzipien der Kriegsächtung zum Ausdruck bringt. Nur dürfen wir nicht des Glaubens sein, daß es dadurch gelingen würde, einen Krieg zu verhindern und die Verhältnisse in der Welt zu verändern.

Dazu muß etwas anderes geschehen, und das andere, das wir in diesem Umfang im Rahmen einer Verfassung tun können, haben wir, glaube ich, in diesen Richtlinien der Verfassung getan. Der Ausgangspunkt für diese Richtlinien und Verfassungsberatungen war die Tatsache, daß wir uns sagten: wir müssen unter allen Umständen ein Werk zustande bringen, das erstens mit den Ideen und Auffassungen der Alliierten so weit zusammenfällt, daß wir eine ernste Chance für eine gründliche Verhandlung unserer Vorschläge haben, zweitens, daß wir uns darüber hinaus eine ebensolche Chance bei der Beratung dieser Vorschläge im Westen Deutschlands erobern müssen.

Der Versuch, eine solche Chance für die Verhältnisse gegenüber den Alliierten herbeizuführen, ergibt sich eindeutig und zwangsläufig aus den Potsdamer Beschlüssen, die davon sprechen, daß Deutschland ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes sein soll, und aus jenen Beschlüssen und Beratungen, die sich aus den Außenministerkonferenzen bisher für uns ergeben haben. Darüber

hinaus stehen wir vor der Tatsache, daß zwischen den Alliierten zwei Auffassungen bestehen, die am weitesten auseinandergehen. Die eine vertritt die Sowjetunion, die andere Frankreich. Die Sowjetunion vertritt in bezug auf die verfassungsmäßige Entwicklung Deutschlands den Standpunkt, daß man Deutschland zu einer wirtschaftlichen und staatlichen Einheit werden lassen und daß man die Möglichkeit schaffen soll, ohne eine Überspitzung die wirklich fortschrittlichen Bestimmungen der Weimarer Verfassung in diesem Punkte zur Anwendung zu bringen.

Nun, wir haben uns dieser Auffassung, weil sie den Interessen des deutschen Volkes entspricht, angeschlossen und haben sie in den Richtlinien entsprechend formuliert.

Demgegenüber steht die Auffassung Frankreichs, die zum Ausdruck bringt, immer unter dem einzigen Gesichtspunkt seiner Sicherheit, daß Deutschland unter allen Umständen zerstückelt werden müßte, so klein es nur irgendwie gehe.

Gegenüber dieser Auffassung, die den Gedanken der Sicherheit von der Zerstückelung Deutschlands abhängig macht, haben wir schon oft darauf hingewiesen, daß alle diese Ideen und alle diese so entwickelten staatsrechtlichen Prinzipien in bezug auf Deutschland falsch sind. Aus der geschichtlichen Entwicklung ist erkennbar – und das wird auch das französische Volk einsehen –, daß für die Sicherheit Frankreichs nicht die staatsrechtliche Form Deutschlands entscheidend ist, sondern der staatsrechtliche und politische Inhalt Deutschlands.

Wir müssen diese Frage auch im Zusammenhang mit unserem Verfassungswerk immer wieder an die Öffentlichkeit tragen, um unsere Auffassung über diese Dinge zum Ausdruck zu bringen. Daß der neue Inhalt des deutschen Staates eine Sicherheit für die Völker Europas gegen erneute Aggressionen durch den deutschen Militarismus ist, wird zum Ausdruck gebracht im vierten Punkt des ersten Abschnitts unserer Richtlinien, in dem gesagt ist:

„Die vom Volk getragene und ausgeübte Staatsgewalt hat dem Wohle des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und der Demokratie zu dienen.“¹

¹ Ebenda.

Diese vier Dinge sind es, die geeignet sind, eine friedfertige Politik Deutschlands zu entwickeln und dem deutschen Staat und seiner Verfassung einen wirklich lebendigen Inhalt zu vermitteln. Wenn also diese Dinge, das Wohl des Volkes, die Freiheit, der Friede und die Demokratie, in den Mittelpunkt dieses Verfassungswerkes gestellt werden, dann gehen wir damit einen praktischen Schritt zur Verhinderung von Kriegen, wenigstens soweit wir als Deutsche dabei beteiligt sind. Wir bewegen uns damit auf einer politisch-realen Basis und appellieren nicht nur an den guten Willen und die Einsicht des einzelnen Menschen, sondern wir gestalten unseren Staat und seine Einrichtungen so, daß der einzelne sich diesen Prinzipien unterordnen muß. So kann unser Volk einen friedfertigen Weg gehen.

Damit kommen wir der Frage der Kriegsächtung erheblich näher als durch einen Appell an das gute Herz und die religiöse Einsicht des einzelnen Menschen. Die Mittel, die wir hierbei anwenden wollen, sind eindeutig und klar in der Verfassung vorgeschrieben. Es heißt dort:

„Die Bürger sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Handlungen, die gegen die Gleichheit der Bürger gerichtet sind, wie Kriegshetze, Boykottshetze gegen demokratische Organisationen, Mordshetze gegen demokratische Politiker, Bekundungen von Völker-, Glaubens- und Rassenhaß, sind durch die Verfassung unter Strafe gestellt.“¹

Wir kommen weiter, wenn wir unsere ganze Kraft für die demokratische Gestaltung Deutschlands einsetzen und dafür sorgen, daß jeder, der gegen diese Begriffe der Menschlichkeit und einer anständigen Politik verstößt, unter allen Umständen unter Strafe gestellt wird. Das ist ein aktiver Eingriff und eine wirkungsvolle Maßnahme für die Gestaltung einer friedlichen deutschen Politik.

Das aber allein genügt auch noch nicht. Wir müssen jene großen wirtschaftlichen Mammutorganisationen, die Monopole, die die Gefahr eines Krieges immer wieder heraufbeschwören, wir müssen jene gesellschaftlichen Kräfte, die durch die Bodenreform entmach-

¹ Ebenda.

tet sind, als aus dem deutschen Gesellschaftsleben gestrichen betrachten. Das muß in diesem Verfassungswerk erkennbar werden, und darum ist hier der reale und praktische Vorschlag enthalten: private Monopole sind aufgehoben und verboten, die Höchstgrenze für Eigentum an Grundbesitz beträgt 100 Hektar, der Eigentumsmißbrauch zum Schaden der Gemeinschaft hat die Eigentumsentziehung zur Folge.

Hier, möchte ich meinen, liegen neue Prinzipien, deren gesetzliche Anwendung in einer demokratischen Republik die Möglichkeiten und Voraussetzungen schaffen könnte, daß Deutschland ein friedliches Land wird, ein Land, dessen Politik so gestaltet ist, daß es sich in die Familie der Völker einmal wird eingliedern können.

Nun gestatten Sie mir noch ein letztes Wort, das nicht unmittelbar mit unseren heutigen Verfassungsberatungen im Zusammenhang steht, aber mittelbar, da es den Westen unseres Vaterlandes betrifft. Wir haben in diesen Tagen mit großem Bedauern gesehen, welche Ereignisse sich bei den letzten Verhandlungen abgespielt haben, bei den Verhandlungen, in denen über das zukünftige Schicksal Deutschlands im Westen entschieden werden sollte. Wir haben das aus jenem Geheimdokument, das in der letzten Nummer von „Deutschlands Stimme“ veröffentlicht wurde, lesen können, daß die ausländischen Militärbefehlshaber, wie General Robertson sagt, größten Wert darauf legten, sehr rasch vorwärtszukommen und daß die elf Ministerpräsidenten nach diesem sehr deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl dann durch den hessischen Ministerpräsidenten Stock jene Erklärung abgaben, die für die Entwicklung der deutschen Einheit einem schwarzen Tag gleichkommt und die in ihren Auswirkungen überaus bedauerliche Folgen haben kann. Ministerpräsident Stock hat in dieser Erklärung für die elf Ministerpräsidenten gesagt:

„Wir enthalten uns aller Kritik zu dem uns am 1. Juli übergebenen Dokument 1, 2 und 3 und aller weiteren Bemerkungen zu unseren Koblenzer Gegenvorschlägen. Unser Bestreben ist, vorwärtszukommen und nicht vergangene Dinge zu klären und zu rechtfertigen; wir Ministerpräsidenten stimmen mit

dem Militärgouverneur vollkommen überein, daß es wünschenswert ist, im Rahmen der Londoner Beschlüsse eine politische Organisation aufzubauen, die gleichzeitig eine solide Basis für Westdeutschland auf der Grundlage des Föderalismus ist.“

In dieser Erklärung sehen wir mit tiefem Schmerz die völlige Aufgabe des deutschen Standpunktes. Der deutsche Standpunkt kann nur die Potsdamer Beschlüsse zu seinem Ausgangspunkt haben, wenn wir nicht jeden Quadratzentimeter Boden unter den Füßen verlieren wollen. In dieser Erklärung haben aber die elf Ministerpräsidenten Westdeutschlands den Boden Deutschlands unter den Füßen verloren, indem sie erklärt haben: sie erkennen die Londoner Beschlüsse als für Deutschland bindend an. Dazu sind sie von niemand ermächtigt. Es ist das nicht die Stimme des deutschen Volkes, sondern es ist die Stimme von elf Ministerpräsidenten, die unter dem Druck von drei Generälen der militärischen Besatzungsmächte stehen. Wenn davon gesprochen wird, daß man diese Beschlüsse von London nunmehr als die Basis für Westdeutschland anerkennt, so bedeuten diese beiden Vorgänge, daß sich die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder damit auf der Linie einer separatistischen Politik bewegen. Sie haben erstens verzichtet auf den Rechtsanspruch aus den Potsdamer Beschlüssen, und sie haben zweitens die Beschlüsse einer Rumpfkongferenz von London zum Gegenstand ihrer Anerkennung gemacht. Wir lehnen es ab, solche Beschlüsse und erzwungenen Anerkennungen als die Stimme des deutschen Volkes in der Welt gelten zu lassen, und erklären auch an dieser Stelle, daß wir nicht eher ruhen und rasten werden, bis die Frage der Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedens im Sinne des deutschen Volkes und im Sinne einer friedlichen Regelung für die ganze Welt ihre Lösung gefunden hat.

Die Zerreißung Deutschlands und die Aufgaben der Partei

9. August 1948

Die Auseinandersetzungen, die seit der Zerschlagung des Hitlerstaates um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands geführt werden, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß dieses Problem die Interessen vieler Völker im stärksten Maße berührt. Offensichtlich ist die Behandlung des deutschen Problems für die internationale Politik ein bedeutsamer Vorgang. In Deutschland selbst wird diese Tatsache noch viel zuwenig erkannt.

Die Sozialistische Einheitspartei und die Kommunistische Partei Deutschlands haben als einzige Parteien in Deutschland von vornherein und mit aller Eindeutigkeit den Standpunkt vertreten, daß die Grundlage für den Aufbau eines neuen deutschen Staates in den in Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen der alliierten Mchte gesehen werden muß.

Nach der weitgehenden Förderung und Unterstützung, die große Teile des deutschen Volkes dem Naziregime gewährten, konnten die in der Potsdamer Regelung vorgesehenen Belastungen und Verpflichtungen des deutschen Volkes niemanden überraschen. Nachdem das Weltmachtstreben des deutschen Monopolkapitalismus zweimal zu kriegेरischen Verwicklungen in der ganzen Welt geführt hatte, mußten auch die einschneidenden Sicherheitsmaßnahmen, die einer erneuten Wiederholung deutscher aggressiver Politik vorbeugen sollten, Verständnis finden. Der Kernpunkt der Potsdamer Regelung, die Sicherstellung einer völligen Abkehr des deutschen Volkes vom Nazismus und Militarismus — also die Sicherung einer Entwicklung, die sich vom

Imperialismus abwendet und zum Frieden führt – fand die Zustimmung aller fortschrittlichen Elemente des deutschen Volkes. Aus diesem Kernpunkt ergibt sich auch die richtige Fragestellung zum deutschen Problem, nämlich, ob die Bedingungen der Alliierten dem deutschen Volk beim Aufbau eines friedliebenden Staates helfen oder zur Wiederentwicklung der monopolkapitalistischen Kräfte beitragen sollen. Dabei wird sich die ganze Welt darin einig sein, daß diese Kräfte in skrupelloser Weise nur einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung zutreiben würden.

Die Potsdamer Vereinbarungen enthalten eindeutige Verpflichtungen zur Durchführung der Bodenreform, das heißt also zur Beseitigung des Einflusses der Großgrundbesitzer und Junker, die in Deutschland in verheerender Weise die Kriegspolitik gefördert hatten. Das Potsdamer Abkommen sieht ferner die Demokratisierung der Verwaltung und des Erziehungswesens, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung vor. In der Wirtschaft sollte in kürzester Frist die

„Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen“¹,

aufgehoben und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden. Der Geist der Potsdamer Regelung ist eindeutig und richtet sich gegen den Monopolbesitz, gegen die feudalistischen Gutsbesitzer und gegen den Militarismus. Es würde überhaupt keinen Streit um Deutschland geben, wenn alle Besatzungsmächte in diesem Geiste ans Werk gegangen wären und die entsprechenden praktischen Maßnahmen durchgeführt hätten. Die Durchführung der Potsdamer Vereinbarung verbürgt den Frieden, sie ermöglicht dem deutschen Volke die Wiederherstellung seiner Einheit, sie sichert den friedlichen, wenn auch mit schweren Belastungen verbundenen Aufbau, und sie bewahrt die Welt vor der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus.

Die Ursachen, die zur Komplizierung des deutschen Problems

¹ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 18.

und zu seiner Verschärfung geführt haben, sind nicht zu verkennen. Das lächerliche Geschrei der westlich orientierten Presse über den Schutz der persönlichen Freiheit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dem Einfluß des Monopolkapitalismus in den westlichen Staaten zuzuschreiben ist, daß die Politik der westlichen Alliierten zu einem völligen Bruch mit der Potsdamer Vereinbarung geführt hat. An die Stelle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist ihre Sabotage und die Politik der Aufspaltung Deutschlands getreten. Die monopolistischen Interessenten hatten schnell erkannt, daß die endgültige Vernichtung des privaten Monopolbesitzes in Deutschland und die Beseitigung des Einflusses der Junker und Militaristen den demokratischen Entwicklungsprozeß in Deutschland ungemein begünstigen mußten. Damit aber erhob sich für sie die Frage, ob ein demokratisiertes Deutschland dem Monopolkapital noch Gelegenheit bieten würde, die deutsche Wirtschaft seinem ausbeuterischen Streben zu unterwerfen. Der Kampf gegen das einheitliche demokratische Deutschland wurde daher von den vom Monopolkapital beherrschten Westmächten mit Entschiedenheit aufgenommen. Er führte seit 1945 zu der Verhinderung des Zusammenschlusses der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu einer einheitlichen sozialistischen Partei im Westen Deutschlands, dem Verbot des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dem Verbot der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen, zu Presseverboten und einer Fülle anderer Unterdrückungsmaßnahmen westlich-demokratischer Prägung, die die Verlogenheit des Rufes nach Freiheit immer deutlicher werden lassen.

Die sich von den Potsdamer Verpflichtungen systematisch lösende Politik der Westmächte machte alle Außenministerberatungen ergebnislos und führte letzten Endes zur unverhüllten staatlichen Separation Westdeutschlands. Unter völliger Vernichtung der Viermächteverwaltung für Deutschland und für Berlin kam es zur Bildung der Bizone und der Errichtung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main. Alle spalterischen Maßnahmen

wurden von einer verlogenen Propaganda begleitet, nach welcher die Sowjetunion, die nichts weiter tat, als für die Durchführung der Potsdamer Vereinbarungen einzutreten, für die Zerreißung Deutschlands verantwortlich gemacht wurde.

Schließlich kam es unter Umgehung der Potsdamer Beschlüsse zu der Londoner Konferenz der Westmächte und der Benelux-Staaten, die sich offen für die staatliche Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen aussprach. Die Bildung dieses westdeutschen Staates wird nun keineswegs den demokratischen und antifaschistischen Organisationen anvertraut, sondern den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder. An Stelle eines Friedensvertrages soll ein Besatzungsstatut die Beziehungen des neuen Staates zu den Besatzungsmächten regeln und damit den entscheidenden Einfluß der Westmächte sicherstellen. Die Besetzung soll unbegrenzt fort dauern und der wirtschaftlich wichtige Teil Westdeutschlands, das Ruhrgebiet, völlig dem Einfluß der Westmächte unterstellt bleiben. Durch neue Ländergrenzen wird versucht, das Gesicht Deutschlands zu verändern. Ein besonderes Ruhrstatut soll das Ruhrgebiet herausheben und seine Unterstellung unter amerikanische Kontrolle und seinen Anschluß an den Westblock ermöglichen. Der Ausspruch Dr. Adenauers, des Wortführers der Christlich-Demokratischen Union in der britischen Besatzungszone: „Der Versailler Vertrag sei ein Rosenstrauß gegen das Londoner Abkommen“ und die verlogene Stellungnahme der westlich orientierten deutschen Presse zum Ergebnis der Londoner Konferenz zeigen mit aller Deutlichkeit, daß selbst den Befürwortern der monopolkapitalistischen Spaltungspolitik reichlich unbehaglich zumute ist. Das Ziel der amerikanischen Politik wird von einem immer größeren Kreis auch der westdeutschen Bevölkerung erkannt werden. Die Werk tätigen der westdeutschen Gebiete werden sehr bald zu der Erkenntnis kommen, daß es ihre gebieterische Pflicht ist, an die Seite derer zu treten, die für ein unabhängiges und einheitliches, aber zugleich friedliches und demokratisches Deutschland kämpfen.

Im Gegensatz zu den Bemühungen der Londoner Rumpfkongferenz, die Spaltung Deutschlands zu vollenden, forderten die in Warschau versammelten Außenminister der ost- und südosteuropäischen Staaten die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse. Sie traten für die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein, schlugen den Abzug der Besatzungsmächte ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages vor und forderten die Bildung eines gesamtdeutschen Parlamentes, die Errichtung einer demokratischen Regierung für ganz Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Während London Deutschland zerreißt und den westdeutschen Separatstaat zu einer demokratischen Farce machen will, kommen von Warschau Vorschläge, die den Interessen der deutschen Bevölkering entsprechen.

Ein beschämender Vorgang für das deutsche Volk ist das Verhalten der elf Ministerpräsidenten der westdeutschen Staaten, die sich gemeinschaftlich mit den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Politikern der westdeutschen Besatzungszonen und Westberlins der Spaltungspolitik der Westmächte geradezu in die Arme werfen. Sie können dies wagen, weil große Teile der westdeutschen Bevölkering noch immer unter dem Einfluß der antisowjetischen Ideologie des Naziregimes stehen. Diese Tatsache ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die westlichen Besatzungsmächte mit Unterstützung bürgerlicher und sozialdemokratischer deutscher Politiker die nazistische antisowjetische Hetze in unerhörter Weise fortsetzen und dabei Lügen und Verleumdungen schlimmster Art verbreiten. Aus der antisowjetischen Verhetzung erklärt sich die Merkwürdigkeit, daß in einer Situation, wo offensichtlich die Sowjetunion die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Souveränität unterstützt, deutsche Politiker mit den monopolkapitalistischen Spaltern Deutschlands Hand in Hand gehen und unverblümt, die sozialdemokratische Führung und ihre Presse an der Spitze, die Abkehr von den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam fordern.

Die Rolle der Schumacher-Clique ist hierbei mehr als grotesk.

Sie betont unermüdlich, daß es eine deutsche Zukunft ohne die Durchführung sozialistischer Maßnahmen nicht gebe, und verbündet sich gleichzeitig mit dem ausländischen Monopolkapital zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Sie schreit am lautesten nach einer Revision der Potsdamer Vereinbarungen und unterzieht die von den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Maßnahmen einer Kritik, sofern diese nicht auf der Linie einer eindeutigen Kampfstellung gegen die Sowjetunion liegen. So schreibt der Berliner „Sozialdemokrat“ vom 30. Juli 1948 beispielsweise:

„Wir maßen uns nicht an, den verantwortlichen Staatsmännern Belehrungen zu erteilen, aber wir meinen, auch sie müßten den Eindruck gewonnen haben, daß eine Politik der Nachgiebigkeit nicht weiterführt.“

Jeder Anlaß ist der sozialdemokratischen Presse recht, um in schamlosester Weise gegen die Sowjetunion und gegen die für eine Verständigung mit der Sowjetunion eintretenden Kräfte zu hetzen. Der sogenannte Berliner Konflikt bietet ihnen fortlaufende Gelegenheit, um die verleumderische Pressekampagne fortzusetzen, deren Steuerung von monopolkapitalistischer Seite unverkennbar ist. Die Skrupellosigkeit und Hemmungslosigkeit dieser Hetze findet dank der vom Nazismus herrührenden anti-sowjetischen Vorstellungen Anklang in der Bevölkerung und erschwert naturgemäß die ohnehin nicht leichte Aufbauarbeit der fortschrittlichen Kräfte.

Zu dem Berliner Konflikt sei festgestellt, daß die von den Besatzungsmächten ohne jegliche Verständigung mit der Sowjetunion durchgeführte westdeutsche Währungsreform die Gefahr einer Überflutung der sowjetischen Besatzungszone und Berlins mit einer Masse annullierten Geldes gebracht hätte. Die Herausgabe neuen Geldes in der sowjetischen Besatzungszone war daher ebenso sehr eine wirtschaftliche Notwendigkeit wie die Einbeziehung Berlins in diese Geldreform. Berlin liegt im Zentrum der sowjetischen Besatzungszone und ist wirtschaftlich mit dieser Zone auf das engste verbunden. Eine Mitwirkung der Westmächte bei der Durchführung von Geldmaßnahmen für die sowjetische

Besatzungszone und für Berlin erübrigte sich von selbst, nachdem die Viermächteverwaltung Deutschlands von den Regierungen der Westmächte durch ihre separaten Aktionen selber zerstört worden ist und der Kontrollrat seine Tätigkeit eingestellt hat. Mit der Schaffung des westdeutschen Staates und der Bestimmung von Frankfurt am Main zur Hauptstadt dieses Separatgebildes entfällt jegliche Voraussetzung zur Fortsetzung einer Viermächteverwaltung Berlins. Da niemand daran gedacht hat, daß mit der Einbeziehung Berlins in die Geldreform der sowjetischen Besatzungszone ein Abbruch der Beziehungen der Berliner Wirtschaft mit dem Westen verbunden sein sollte, wäre die Berliner Wirtschaft ungestört weitergelaufen und die Versorgung der Berliner Bevölkerung nicht gefährdet worden, wenn es bei den Geldmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht geblieben wäre.

Die Westmächte entschlossen sich aber zur Herausgabe neuen Geldes für die von ihnen besetzten Teile Berlins und brachten damit ein heilloses Durcheinander in die Berliner Wirtschaft. Unbeschadet dieser zerstörenden und desorganisierenden Maßnahmen machte dann die westlich orientierte Presse obendrein den Versuch, die sowjetischerseits herbeigeführte Geldausgabe und ihre weiteren Maßnahmen als die Ursache der Schwierigkeiten in der Berliner Wirtschaft hinzustellen. Die sowjetfeindlichen Hetzer rührten die Trommel, drängten auf energische Gegenmaßnahmen und versuchten nach Kräften eine Kriegspsychose hervorzurufen. Die Erklärung der Regierung der Sowjetunion, daß sie für die Ernährung der gesamten Berliner Bevölkerung Sorge tragen würde und zur Einfuhr entsprechender Lebensmittelmengen Anweisung erteilt habe, bereitete dem kriegshetzerischen Treiben ein schnelles Ende. Die wirtschaftspolitischen und finanziellen Maßnahmen, die inzwischen auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht in Berlin getroffen wurden, werden in immer stärkerem Maße zur Wiederherstellung der natürlichen Beziehungen der Berliner Wirtschaft zur Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone führen.

Bis in die letzten Tage hinein forderte besonders die sozial-

demokratische Presse eine unnachgiebige Haltung der Westmächte und drängte auf die Rückgängigmachung der Zulassung der Währung der sowjetischen Besatzungszone in den Berliner Westsektoren. Es dürfte auf höhere Einflüsse zurückzuführen sein, daß dieses Geschrei abklingt und beispielsweise der sozialdemokratische Berliner „Telegraf“ vom 6. August 1948 davon spricht, daß eine einheitliche Währung für ganz Berlin geschaffen werden müßte,

„gleichgültig, welche Scheine man für sie benutzt: Scheine des Ostens, des Westens oder eigene Scheine“.

Auch die Hinzufügung, daß Berlin „mit allen deutschen Zonen in gleichmäßiger Wirtschaftsverbinding“ stehen müsse, steht im Widerspruch zu dem, was die sowjetfeindliche Presse bisher schrieb. Bisher hieß es nur immer, daß die Einbeziehung Berlins in die separatistische westdeutsche Staatsbildung erfolgen und die völlige Verknüpfung der Berliner Wirtschaft mit dem Westen durchgeführt werden müsse. Der Marshallplan erschien den merkwürdigen Volksvertretern im Berliner Magistrat als ein geeignetes Mittel, das man dem Berliner als die allein mögliche Grundlage für den Wirtschaftsaufbau anpreisen konnte.

Die in Koblenz und Rüdesheim zwischen den Generälen der westlichen Besatzungsmächte und den elf Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder geführten Besprechungen über die Durchführung der Empfehlungen der Londoner Rumpfkonzferenz haben mit der Akzeptierung der Spaltung Deutschlands seitens der Ministerpräsidenten geendet. Das Verlangen der großen Mehrheit des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung seiner Einheit ist freilich nicht zu übersehen. Schon der Widerhall, den das Stattfinden des Deutschen Volkskongresses in Berlin und in allen Teilen Deutschlands auslöste, zeigte den Spaltern, daß der Gedanke der deutschen Einheit im deutschen Volke lebendig ist und ihrer Politik immer entgegensteht. Es war daher kein Wunder, daß die Volkskongreßbewegung, die Politiker aller Richtungen umfaßte und zum Kampf für ein einheitliches und demo-

kratisches Deutschland aufrief, in den westlichen Sektoren Berlins und im Westen Deutschlands unterdrückt und verboten wurde. Der vom Deutschen Volkskongreß gewählte Deutsche Volksrat rief das Volk zur nationalen Selbsthilfe auf und übernahm die Einleitung und Durchführung solcher Maßnahmen, die der Herstellung der deutschen Einheit und dem Abschluß eines gerechten Friedens dienen. Eine der vom Volksrat getroffenen Maßnahmen war die Durchführung des Volksbegehrens. Rund 15 Millionen Frauen und Männer, das sind mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten, zeichneten sich in die öffentlich ausliegenden Listen des Volksbegehrens ein und forderten die Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands. Die Zahl der Eintragungen in den Berliner Westsektoren und in den westlichen Besatzungszonen wäre um das Vielfache höher gewesen, wenn nicht die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung dazu geführt hätte, die Aufklärung über den Sinn des Volksbegehrens und seine praktische Durchführung zu erschweren oder überhaupt zu verbieten. Der urkundliche Nachweis der rund 15 Millionen Eintragungen ist dem Alliierten Kontrollrat vom Präsidium des Deutschen Volksrates unterbreitet und gleichzeitig der Antrag gestellt worden, die Durchführung einer Volksabstimmung in ganz Deutschland zu gestatten. Eine Erledigung dieses Antrages durch den Kontrollrat setzt voraus, daß der Kontrollrat seine Tätigkeit wieder aufnimmt, das heißt also, daß eine Verständigung der Alliierten über das Deutschlandproblem zustande kommt. Unbeschadet des weiteren Verlaufs der internationalen Auseinandersetzungen wird der Deutsche Volksrat, der sich aus Vertretern aller in der sowjetischen Besatzungszone zugelassenen Parteien und Massenorganisationen zusammensetzt und dem ferner die Vertreter fortschrittlicher Organisationen auch aller übrigen Teile Deutschlands angehören, die Maßnahmen fortsetzen, die zur Entwicklung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands notwendig sind. Die vom Volksrat eingesetzten Ausschüsse beraten über die deutsche Verfassung, die Entwicklung der Wirtschaft, die Aufgaben der Kultur usw. Der Verfassungsausschuß

des Volksrates hat bereits dem Volksrat die Richtlinien für eine deutsche Verfassung vorgelegt und die einmütige Zustimmung der Volksvertreter gefunden. Es ist in Aussicht genommen, eine im Herbst stattfindende Volkskongreßtagung zum Inhalt einer deutschen Verfassung Stellung nehmen und eine Entscheidung treffen zu lassen. So bereitet die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte die Grundlagen vor, die zu einem neuen demokratischen Deutschland führen werden.

Gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, als die führenden Organisationen der fortschrittlichen Kräfte in ganz Deutschland, richtet sich der schärfste Angriff und Haß aller Gegner einer fortschrittlichen Entwicklung. Die Hetze geht von der Verleumdung bis zur Lüge und von der Verdächtigung der führenden Personen bis zur offenen Mordhetze. Diese Hetze, welche die von den Nazis betriebene Propaganda übertrifft, wäre natürlich unmöglich, wenn die westlichen Besatzungsmächte einer sachlichen Auseinandersetzung zugeneigt wären. Uns verwundert das Abgleiten in die Verleumdung und Mordhetze nicht. Schließlich sind tatsächlich wir es, die von der demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone nicht nur reden, sondern für die Durchführung der hierzu notwendigen Maßnahmen sorgen. Echtes demokratisches Handeln ist den monopolistischen Kreisen und allen ihren Helfershelfern noch immer Veranlassung dafür gewesen, zu brutalen Gewaltmitteln zu greifen. So steht Deutschland gegenwärtig in einer Periode der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze und der Klassenkämpfe. Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei wird die Wirksamkeit dieser Hetze letzten Endes zunichte machen. Von dieser Zuversicht sind die Mitglieder unserer Partei erfüllt, und sie begreifen, daß eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien im Osten und Südosten Europas die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Deutschlands und damit für die Erlangung gesunder Lebensverhältnisse für das deutsche Volk ist. So wie in

den Volksdemokratien die Einheit der Arbeiter und eine Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften die gesellschaftliche Grundlage bildet, so wie in den Volksdemokratien das Bündnis der Arbeiter und Bauern, der Intelligenz und der Kleinbürger die Grundlage für eine reale Demokratie ist, so wird auch in Deutschland der staatsrechtliche und wirtschaftspolitische Aufbau entwickelt werden müssen. Der kürzlich vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beratene Zweijahrplan für die sowjetische Besatzungszone, der inzwischen die Zustimmung der Deutschen Wirtschaftskommission gefunden hat, wird die Ergiebigkeit aller Zweige unserer Wirtschaft steigern. Die Enteignung der privaten Monopolbesitzer und ihre Ersetzung durch eine volkseigene Betriebswirtschaft führt in der sowjetischen Besatzungszone immer mehr zu einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses der Werktätigen zu ihrer Produktionsaufgabe. Nicht mehr der ausbeutende Monopolist, sondern der volkseigene Betrieb und damit das arbeitende Volk steht im Mittelpunkt der Wirtschaft. Die Aktivistenbewegung in Stadt und Land und in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung steigert sich fortlaufend und wird den Prozeß beschleunigen, der zur aufopferungsvollen Mitarbeit aller Werktätigen an der Herstellung einer höchstmöglichen Ergiebigkeit unserer Produktion und damit zum Aufbau der Wirtschaft führt.

Die Partei der Arbeiterklasse ist sich der Schwere der ihr gestellten Aufgaben bewußt. Sie weiß aber auch, daß sie die einzige Kraft darstellt, die überhaupt eine Lösung der großen Schwierigkeiten herbeiführen kann. Aus dieser Erkenntnis und Verantwortung heraus leitet die Partei auch den Anspruch auf ihre führende Rolle im politischen und wirtschaftlichen Leben ab. Den Kritikern aus den Reihen der bürgerlichen Parteien, die diesen Führungsanspruch der Partei noch nicht begreifen wollen, kann nur immer wieder gesagt werden, daß keine andere Partei über den Einfluß verfügt, der notwendig ist, um bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige dreißigprozentige Steigerung der Produktion im Rahmen eines Zweijahrplans zu ermöglichen. Die

entscheidende Initiative für eine Produktionssteigerung in dem geplanten Umfange kann nur von einer Partei ausgehen, deren Struktur und klassenmäßige Zusammensetzung eine Garantie für den Erfolg bietet.

Im Hinblick auf die Größe der Aufgaben, die die Partei hat, ist vom Parteivorstand klar erkannt, daß die ideologische Festigung der Parteimitgliedschaft im Geiste des Marxismus-Leninismus unerläßlich ist. Der Schulungsarbeit wird daher die größte Beachtung geschenkt, damit gut geschulte Mitarbeiter für die große Zahl der zu übernehmenden Aufgaben herangebildet werden. Der bevorstehende 30. Jahrestag der Novemberrevolution diente dem Parteivorstand zum Anlaß, um die geschichtlichen Zusammenhänge dieser Revolution zu behandeln und die Lehren aus der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen. Der Parteivorstand hat als besonders notwendig die Unterrichtung aller Mitglieder über die Ursachen der Entstehung des Opportunismus und seiner schädlichen Einflüsse angesehen. Über die Ursachen des verhängnisvollen Versagens der deutschen Sozialdemokratie am 4. August 1914 darf es in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands keine Meinungsverschiedenheiten geben. Auch die Rolle des Staates und der Weg zum Sozialismus müssen aus den marxistisch-leninistischen Erkenntnissen entwickelt und die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Partei aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Der Parteivorstand hat eine Kommission eingesetzt, die in der nächsten Beratung des Vorstandes Thesen über die deutsche Novemberrevolution und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorlegen wird. Diese Thesen werden dann die Grundlagen für eine breite Aufklärungskampagne anläßlich der 30. Wiederkehr des Tages der Novemberrevolution bilden.

Die maßgebliche Beteiligung an der Verwaltung und der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stellt an jede Parteieinheit, an jeden Funktionär und an jedes Parteimitglied hohe Ansprüche. Daher entschloß sich der Parteivorstand zu einer besonderen Aktion, um

die aktive Haltung der gesamten Mitgliedschaft zu fördern. Im Rahmen dieser Aktion wird eine Überprüfung der Mitglieder zur Beseitigung noch vorhandener Schwächen durchgeführt werden. Besonderes Gewicht werden wir darauf legen, daß alle auf verantwortlichen Posten stehenden Parteimitglieder in vorbildlicher Weise ihre Pflicht erfüllen und bei der Entfaltung der Arbeitsinitiative beispielgebend sind. Jede Funktion verpflichtet in besonderem Maße. Das Ergebnis der eingeleiteten Aktion muß zwei Auswirkungen ergeben. Der Funktionärstab darf nur aus den klarsten, der Partei ergebensten und aktivsten Mitgliedern bestehen, daneben aber müssen alle Mitglieder der Partei und mit ihrer Hilfe die Werktätigen in Stadt und Land in ihrer Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit am Aufbau eines demokratischen Deutschlands gestärkt, muß ihre Zuversicht gefestigt werden. Wir zweifeln nicht daran, daß wir dank der Hingabe eines großen Kreises aktivster Genossen unsere Aufgabe lösen und die demokratische Entwicklung in Deutschland erfolgreich gestalten werden.

Die Rolle der SPD im Nachkriegsdeutschland

Oktober 1948

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 standen die deutschen Arbeiterparteien vor der Aufgabe, die Lehren aus der gemeinsamen Niederlage im Jahre 1933 zu ziehen und mit aller Konsequenz die Lehren der Geschichte in ihrer künftigen Politik des Neuaufbaus eines demokratischen Deutschlands wirksam werden zu lassen. Die zwölf Jahre Faschismus hatten in breiten Kreisen der Mitgliedschaft und der führenden Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei die Erkenntnis wachsen lassen, daß der Sieg des Faschismus über die deutsche Arbeiterklasse nicht zuletzt durch die reformistische Politik der SPD- und Gewerkschaftsführung ermöglicht wurde. Durch den Reformismus, durch die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien und durch die Politik des „kleineren Übels“ war der Kampfeswille in der SPD immer mehr geschwächt und die Widerstandskraft gegen die heranahende faschistische Gefahr untergraben worden. Aus dem prinzipienlosen Opportunismus der sozialdemokratischen Parteiführung ergab sich die verhängnisvolle Verkennung des Wesens des Monopolkapitalismus und des Klassencharakters des Faschismus. So schrieb zum Beispiel einer der führenden sozialdemokratischen Männer, Rudolf Hilferding, im Januar 1933 in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, wo er die Auffassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes wiedergab, daß man es auf eine Regierung Hitlers ankommen lassen könne, sie würde sich in kurzer Zeit abwirtschaften, und dann könne die SPD wieder in der parlamentarischen Demokratie das Steuer in die Hand nehmen. Es käme

nur darauf an, daß die SPD jede Einheitsfront mit den Kommunisten ablehne, denn der Kampf gegen den Bolschewismus sei ihre erste Aufgabe. Aus diesem Verrat ergab sich die verhängnisvolle Politik der SPD vom 30. Januar 1933 bis zu ihrem kampflosen Abtritt am 23. Juni 1933. Alle Versuche der Kommunistischen Partei, durch die Bildung einer Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse die nazistischen Söldner des deutschen Monopolkapitals zu schlagen und durch gemeinsame Aktionen die große faschistische Gefahr vom deutschen Volke abzulenken und ihm und den Völkern Europas den langen Weg durch Krieg, Blut und Ausbeutung zu ersparen, wurden von der reformistischen Führung der Sozialdemokratie abgelehnt und als taktische Manöver diffamiert. So stand die deutsche Arbeiterklasse in sich gespalten und geschwächt. Deshalb konnte der Faschismus siegen, als ihm das Monopolkapital den Auftrag gab, die deutsche Arbeiterbewegung zu zer schlagen und die Weimarer Republik zu liquidieren.

Die Geschichte hat über jene verhängnisvolle reformistische Politik der Sozialdemokratie bis 1933 ihr blutiges Urteil gefällt. Sie hat sie verworfen. Was wäre naheliegender gewesen, als daß nach der wiedergewonnenen Freiheit durch den Sieg der Roten Armee und ihrer Verbündeten die Führung der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland sich klar und eindeutig vor der deutschen Arbeiterklasse von dieser alten reformistischen Politik losgesagt und zur Bildung einer großen geeinten revolutionären Arbeiterpartei aufgerufen hätte, durch die allein eine Wiederholung der tragischen Fehlentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vermieden und der Aufbau einer fortschrittlichen Demokratie in Deutschland gewährleistet wird. Die SPD-Führung unter Dr. Schumacher aber schlug die Erfahrungen der Geschichte in den Wind und begann 1945 die Politik fortzusetzen, mit der man 1933 so elend hatte Schiffbruch erleiden müssen.

Was hat die Sozialdemokratie seit 1945 für die deutsche Arbeiterklasse, für das deutsche Volk und für die Entfaltung und Sicherung einer wirklichen Demokratie in Deutschland getan? Die Ergebnisse der Politik der SPD-Führung in den zurückliegenden

drei Jahren sind ebenso negativ und verhängnisvoll wie ihre Politik in der Weimarer Republik, die den Sieg des Faschismus von 1933 mitverschuldete. In allen Lebensfragen unseres Volkes ist die Führung dieser Partei nicht aus der Politik der Negation und der Hetze gegen die fortschrittlich-demokratischen Kräfte zu einer weitsichtigen konstruktiven Politik im Sinne der Neugestaltung eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands unter mitbestimmender Leitung der Arbeiterklasse emporgestiegen. Die SPD-Führung hat ihre erste Aufgabe darin gesehen, die Entwicklung einer starken einheitlichen demokratischen Kraft in Deutschland durch die Bildung einer großen deutschen Arbeiterpartei mit allen Mitteln zu verhindern. Sie setzt die Macht ihres Apparates bedenkenlos ein, um den Willen der deutschen Arbeiterklasse zur Einheit in ihren eigenen Reihen zu unterdrücken. Mit ihrem Kampf gegen die Kommunistische Partei und ihrem blindwütigen Haß gegen die Einheitsbestrebungen in den Arbeitermassen hat die sozialdemokratische Führung bewußt bisher die Bildung der großen sozialistischen Kraft in Deutschland zu hintertreiben vermocht und dadurch eine große Chance zum Aufbau und zur Festigung der Demokratie in Staat und Wirtschaft im Nachkriegsdeutschland unausgenutzt gelassen. Die Folgen dieser Politik haben sich auf allen Gebieten für die Arbeiterklasse negativ, für das Großbürgertum und für die Reaktion in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands nur günstig ausgewirkt. Die Politik der SPD-Führung trägt mit daran Schuld, daß, im Gegensatz zu der fortschrittlichen, demokratischen Entwicklung in der Ostzone Deutschlands unter Führung einer geeinten Arbeiterklasse, in Westdeutschland alle Ansätze zu einer wirklichen demokratischen Umgestaltung in den zurückliegenden drei Jahren verspielt worden sind und daß es den deutschen Kriegsverbrechern und reaktionären Kräften gelingen konnte, ihre wirtschaftliche und politische Macht wiederherzustellen und der Entwicklung in Staat, Verwaltung, Wirtschaft, Schule und Justiz ihren Stempel aufzudrücken. In dem westdeutschen Wirkungsbereich der sozialdemokratischen Politik ist noch nicht ein Hektar Land durch eine Bodenreform

an die Umsiedler verteilt worden. Kein Betrieb und keine Grube ist den Nazi- und Kriegsverbrechern genommen und dem Volke zur Sicherung seiner Friedenswirtschaft übereignet worden. Die Gewerkschaften kämpfen einen hoffnungslosen Kampf um ihre primitivsten Rechte gegen die an Zahl und Macht immer stärker werdenden reaktionären Unternehmerverbände. An Stelle einer fortschrittlichen, demokratischen Einheitsschule zersplittern konfessionelle und besitzbürgerliche Standesinteressen die Bildungseinheit, und während in der sowjetischen Besatzungszone Männer und Frauen des werktätigen Volkes als demokratische Richter und Staatsanwälte für ein fortschrittliches Recht kämpfen, restaurieren im Westen Deutschlands unter den Augen der SPD-Führung 73 Prozent ehemaliger Nazirichter die alte Klassenjustiz gegen die werktätigen Massen. Auch nicht eine Maßnahme hat die SPD-Führung in Westdeutschland zu verwirklichen versucht, durch die die Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung in Westdeutschland gegeben wäre. Schumacher selbst erklärte auf dem letzten Parteitag der SPD in Düsseldorf, daß die Bodenreform und die Enteignungen auf dem Gebiete der Industrie, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchgeführt worden sind, „politisch nicht zweckmäßig seien“ und „nicht den deutschen Verhältnissen entsprächen“. Hier befindet sich die SPD-Führung in gleicher Auffassung mit den aus der Ostzone nach dem Westen geflohenen Junkern, Monopolisten und Kriegsverbrechern, die die demokratische Ordnung in der Ostzone wieder rückgängig machen wollen und die die SPD-Führung durch ihre Politik unterstützt.

Selbst in den Fragen des Sozialismus, den Dr. Schumacher noch vor zwei Jahren als „die Aufgabe des Tages“ hinstellte, hat die SPD vor ihren bürgerlichen Koalitionsparteien und ihren Auftraggebern, den kapitalistischen Besatzungsmächten, kapituliert. Seitdem sich Dr. Schumacher aus dem Schlepptau der englischen Labour Party gelöst und in das Kielwasser der Politik des amerikanischen Imperialismus begeben hat, verstummte die Forderung nach dem „Sozialismus als Tagesaufgabe“, dafür aber unterrich-

tete auf dem Düsseldorfer Parteitag der SPD ein Vertreter der amerikanischen AFL die SPD-Delegierten über die Vorteile des kapitalistischen Systems, das den Arbeitern einen gewissen Anteil zubillige, mit dem sie auch zufrieden sein könnten. Die Entwicklung hat es klar erwiesen, daß die SPD keine sozialistische Partei mehr ist. Klar und eindeutig hat sie sich auf die Seite des amerikanischen Imperialismus gestellt. Deshalb versucht die SPD der deutschen Arbeiterklasse einzureden, daß der Marshallplan ein Zeichen der Humanität sei, statt der Arbeiterklasse den Blick dafür zu öffnen, daß die Marshallplanpolitik die Politik des amerikanischen Großkapitals ist, mit deren Hilfe die Weltherrschaftsansprüche Amerikas realisiert und Westeuropa und Westdeutschland zum Rüstungsarsenal und Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion verwandelt werden sollen.

Aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch in der Entscheidung über die Lebensfrage unseres Volkes, die Frage seiner nationalen Einheit, hat die SPD-Führung vor den Forderungen ihrer amerikanischen Auftraggeber kapituliert. Die SPD unterstützt das Separatparlament in Bonn, sie stimmt für die Bildung eines westdeutschen Separatstaates und willigt damit in die Zerreißung Deutschlands ein. Statt die Interessen des deutschen Volkes durch den Kampf für einen baldigen Friedensvertrag und für eine einheitliche deutsche Regierung wahrzunehmen, unterstützt die SPD-Führung die Forderungen der bürgerlichen Parteien und der westlichen Besatzungsmächte, die darauf abzielen, an die Stelle des Friedensvertrages dem deutschen Volke ein unbefristetes Besatzungsstatut aufzuzwingen.

Die SPD-Führung setzt ihre Kraft weder für die Verwirklichung ihrer demagogisch erhobenen sozialistischen Forderungen noch für den Kampf um die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands ein, sondern sieht ihre Hauptaufgabe darin, das deutsche Volk erneut durch eine maßlose Antisowjethetze und Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aufzubringen. Genau wie der Faschismus sieht die Sozialdemokratie in der Sowjetunion ihren Hauptfeind und schreckt

nicht davor zurück, das deutsche Volk erneut auf jenen Weg zu führen, der über 1933 und Stalingrad zum Zusammenbruch 1945 führte.

Die Taktik der sozialdemokratischen Führung besteht darin, vor ihren Wählern und Mitgliedern die reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland zu kritisieren, um gleichzeitig in den Länderparlamenten die Politik des Großbürgertums zu unterstützen. In letzter Zeit versucht die Parteiführung aus dem schändlichen Bankrott ihrer Politik durch das Geschrei um die sogenannte dritte Kraft herauszukommen. Aber genauso wie in Frankreich, wird es auch in Deutschland der Sozialdemokratie nicht gelingen, mit dieser „dritten Kraft“ die werktätigen Massen von ihren politischen und wirtschaftlichen Klasseninteressen und von dem Klassenkampf abzulenken. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen der Arbeiterklasse und Bourgeoisie gibt es keine „dritte Kraft“. Hier gibt es nur klare und eindeutige Entscheidung *für* oder *gegen*. Die werktätigen Massen in allen Ländern entscheiden sich in diesem Kampf für das Lager des Sozialismus, des Friedens und des Fortschritts. Damit entscheiden sie sich für die Sowjetunion, die die einzige große Friedensmacht der Welt darstellt. Die SPD-Führung aber steht auf der Seite der Kapitalisten, sie steht im imperialistischen Lager.

Die Sozialdemokratie ist keine politische Kraft, die für eine wirkliche Demokratie in Deutschland und für die Interessen der Friedenspolitik kämpft. Die Sicherung einer demokratischen und friedlichen Entwicklung in Deutschland ist weder durch die Sozialdemokratie noch durch eine „dritte Kraft“ gegeben. Die wirtschaftliche und geistige Neugestaltung Deutschlands im Sinne des Friedens und des Fortschritts vermag nur eine Kraft zu geben, und das ist die Kraft der geeinten deutschen Arbeiterklasse.

Für eine ungeteilte deutsche Republik

„Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“

Rede auf der 5. Sitzung des Deutschen Volksrates

22. Oktober 1948

Im Felde internationaler Spannungen

Fast 3^{1/2} Jahre sind seit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands vergangen. Seit diesem Zeitpunkt steht Deutschland im Zentrum internationaler Beratungen und Auseinandersetzungen. Die internationale Lage und damit auch die Lage Deutschlands hat sich in dieser Zeit nicht vereinfacht, sondern kompliziert. Die wachsenden Spannungen entladen sich über unsere Köpfe, sie verdunkeln für manche den klaren Blick und lassen für viele unser nationales Ganzes nicht mehr sichtbar sein. Das ist ein günstiger Boden für jene Kräfte der internationalen Politik, die an der Zerreißung Deutschlands interessiert sind. Die Einflußgebiete der verschiedenen Besatzungsmächte erscheinen als selbständige Gebietsteile. Wir stehen vor der Tatsache der Gründung eines separaten westdeutschen Staates. Deutschland ist in höchster Gefahr. Die Spaltung ist kein Schreckgespenst mehr, sie ist heute bereits Wirklichkeit; eine Wirklichkeit, deren furchtbares Ausmaß für das Leben unseres Volkes als Ganzes, wie auch für jeden einzelnen heute noch gar nicht hinreichend und tief genug in das Bewußtsein unseres Volkes gedrungen ist. Die Sorgen des alltäglichen Daseins nehmen die Menschen ganz gefangen. Zermürbt rufen sie nach den Mitteln, ihr Leben zu fristen, und es erscheint ihnen gleichgültig, wer sie ihnen darbietet.

Noch nie in der Geschichte des deutschen Volkes stand unsere deutsche Politik so schwierigen Problemen gegenüber wie im

heutigen Zeitpunkt. Hier ist kühler Verstand, allseitige Durchleuchtung der politischen Lage der Welt und vor allem eine tiefe und echte Verbundenheit mit unserem Volke vonnöten, um in ihm das Bewußtsein seiner Kraft zu erwecken und es so auf den richtigen Weg zu führen.

Es ist kein Ruhmesblatt unserer deutschen Politik, daß viele ihrer maßgebenden Akteure heute in wilde Panik verfallen, den Kopf verlieren, verantwortungsloses Gerede in die Welt setzen oder den Kopf in den Sand stecken und Ohren und Augen vor der Wirklichkeit verschließen. Aber Panik ist nicht am Platze, denn die Völker der Erde und auch das deutsche Volk stehen nicht am Ende ihrer Entwicklung, sondern am Anfang einer neuen Ära der Menschengeschichte. Ebenso wenig ist leichtfertiger Optimismus zu rechtfertigen, denn das Neue entsteht nicht automatisch, es kommt nicht ohne intensive Anstrengung der Völker und ohne Entfaltung höchster Vernunft und Willensanstrengung zum Durchbruch. Die alten Daseinsformen lasten noch mit ihrem ganzen Schwergewicht auf uns, und wir sind ständig in Gefahr, uns wieder von dem alten Strom treiben zu lassen; und dieser Strom führt weiter, wenn wir uns von ihm treiben lassen, zur endgültigen und unwiderruflichen Zerreißung Deutschlands, zur Auflösung unserer nationalen Existenz. Ohne höchste politische Aktivität des deutschen Volkes, ohne Inangriffnahme der Gestaltung seines Staates wird dies sein Schicksal sein. Die internationale Politik, so wie sie heute läuft, wirft uns nicht unseren Staat als reife Frucht in den Schoß, wir müssen ihn uns schaffen. Darum ist es nötig, unser Volk immer wieder auf die ungeheure Gefahr dieser Entwicklung hinzuweisen, ihm vor Augen zu führen, was es heißt, seiner nationalen Existenz verlustig zu gehen und ihm zu sagen, daß die Auflösung der nationalen Existenz heute bedeutet: politisch – Verfall in das Vasallentum; ökonomisch – Verfall in die Lohnsklaverei fremder Kapitalsinteressen. Wir müssen dieses Bewußtsein in unserem Volke hervorrufen und wachhalten. Es bedarf dieses Bewußtseins, um Herr der Lage zu bleiben und nicht von den Verhältnissen verschlungen zu werden. Das deutsche Volk muß zur Gestaltung

seiner friedlichen Zukunft auch wissen, daß es eine neue, seinen eigenen Willen, Intentionen und Bedürfnissen angepaßte Welt selbst gestalten muß. Darum ist es heute für deutsche Politiker verantwortungslos, resigniert mit den Achseln zu zucken und unser Volk auf irgendeine bessere Zukunft zu vertrösten, die der Himmel uns bescheren möge; sich selbst aber für inkompetent zu erklären, eine Antwort auf die Frage zu geben: Was kann uns aus dieser Lage befreien?

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung

Heute herrscht vielfach die Anschauung, unser Volk könne durch den verlorengegangenen Hitlerkrieg überhaupt nicht mehr Herr seines Staates und seiner Politik sein, es habe alle Souveränitätsansprüche verloren, sein Schicksal liege in den Händen der Besatzungsmächte, es sei nur noch Objekt des politischen Geschehens und kein Subjekt mehr; es könne darum auch keinen selbständigen souveränen Staat schaffen. Es ist klar, daß eine solche Auffassung keinen anderen Sinn hat, als Wasser auf die Mühlen der schlimmsten Gegner unserer Nation zu gießen.

Die unsinnige Behauptung, Deutschland habe als Nation und Staat aufgehört zu existieren, entspricht weder der realen Lage der Dinge, noch ist sie völkerrechtlich haltbar. Sie ist vielmehr eine für die Bedürfnisse des Dollarimperialismus zurechtgestutzte Doktrin. Sie steht im krassen Widerspruch zum Völkerrecht, im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Akten, welche die Lage Deutschlands in der Zeit der Besatzung regulieren, und im Widerspruch zu den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam. Diese Vereinbarungen sprechen nicht von der Zerschlagung des deutschen Staatswesens und auch nicht von dem Erlöschen der Souveränität des deutschen Volkes, sie besagen vielmehr das Gegenteil. Auch die Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer hat im Frühjahr dieses Jahres auf ihrer Sitzung in Hamburg die Doktrin vom Aufhören der deutschen Souveränität als fehlerhaft ver-

worfen. Diese Doktrin steht auch im krassen Widerspruch zu dem während und nach dem Kriege wiederholt feierlich deklarierten Recht aller Völker, dem Recht auf nationale Selbstbestimmung.

Es ist die Pflicht jedes guten Deutschen, die Urheber und Sprecher der völlig abwegigen Doktrin, wonach das Recht des deutschen Volkes auf seine souveräne Staatsgestaltung erloschen sei, zu erkennen und diese Verräter an unserer nationalen Sache vor dem ganzen deutschen Volke anzuprangern. Diese Doktrin ist nichts anderes als die pseudowissenschaftliche Maskierung jener Tendenzen, die Deutschland allzu gern unter den Einfluß des amerikanischen Imperialismus bringen möchten, sie ist die Lehre jener Leute, die alles Interesse daran haben, Deutschland in einen Vasallenstaat der Westmächte zu verwandeln.

Vernichten wollte man in Deutschland den Hitlerstaat, ausrotten wollte man den Nationalsozialismus, den Militarismus, die imperialistischen und antidemokratischen Tendenzen, dem deutschen Volke aber wollte man den Weg zu einer freien, demokratischen Entwicklung ebnen. Darum bestand kein Widerspruch zwischen den Zielen der Besatzungsmächte und den fundamentalen Lebensinteressen des deutschen Volkes, und darum haben wir auch die Abkommen von Jalta und Potsdam begrüßt.

Mitten im Kriege, im August 1941, haben die Alliierten in der Atlantikcharta den ersten Aufriß der zukünftigen Weltorganisation der Völker gegeben. Souveränitätsrechte und Selbstverwaltung sollten den Völkern zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entrissen worden waren. Auch für uns Deutsche gilt dieses Recht, denn auch dem deutschen Volke wurden die Rechte der Selbstverwaltung durch Hitler geraubt. Anfang 1945 erklärten die Alliierten in den Dokumenten über die Krimkonferenz:

*„Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“*¹

¹ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 9.

Das Dokument über die Kapitulation Deutschlands vom 5. Juni 1945 erklärte es für notwendig,

„Vorkehrungen für die... Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen“¹.

Weiter heißt es dann ausdrücklich:

„Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken, der besagten Autorität und Machtvollkommenheiten, bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.“²

Es ist also wiederholt nicht von einer Annektierung, sondern von einer Besetzung zur Durchführung bestimmter Zwecke die Rede, und diese Zwecke sind bereits eindeutig umrissen: faktische Entmilitarisierung, tatsächliche Entnazifizierung, wahrhafte Demokratisierung und Sicherung der Wiedergutmachung.

Die Kontrollratstätigkeit wird ausdrücklich als eine zeitweilige bezeichnet und im Potsdamer Abkommen darüber hinaus der Weg der Rekonstruktion des deutschen Staates gezeigt. Es heißt in diesem Dokument:

*„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“*³

Es werden hier die Ziele der Okkupation wiederholt: Zertrümmerung der hitlerschen Kriegsmaschine und der Nazi-partei, Vernichtung des Hitlerstaates, die Beseitigung aller nazistischen Elemente aus dem alten Staatsapparat, insbesondere dem Bildungswesen, dem Gerichtswesen, der Verwaltung; die Zerschlagung der Kriegsindustrie sowie die Auflösung der Kartelle, Syndikate

¹ „Die Berliner Konferenz der Drei Mächte – Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland – Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin“, 1945, Sammelheft 1, Berlin 1946, S. 25.

² Ebenda, S. 26.

³ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 15.

und der anderen Monopolorganisationen; die Sicherung der Wiedergutmachung, die Schaffung der Grundlage einer demokratischen Verwaltung in den Gemeinden, Kreisen, Ländern; die Schaffung der Grundlage eines lebendigen demokratischen politischen Lebens durch die Zulassung und Förderung der demokratischen politischen Parteien, die Schaffung einer Friedensindustrie zur Deckung des friedlichen Bedarfes.

Das deutlichste Anzeichen für die beabsichtigte Bewahrung der deutschen Einheit ist die in dem Potsdamer Abkommen vorgesehene Schaffung deutscher Zentralbehörden. Im Potsdamer Abkommen wurde ferner der Rat der Außenminister geschaffen, „zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland . . . damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird“¹.

Damit waren die Perspektiven der politischen Entwicklungslinie eindeutig festgelegt: schrittweises Werden des deutschen demokratischen Staates, wobei die Siegermächte ihre Funktion in Deutschland dahin abstimmten, diesen Prozeß in eine bestimmte Richtung zu lenken – die faschistischen, militaristischen und alle diktatorischen Elemente aus dieser Staatsentwicklung zu entfernen und das Werden eines demokratischen Staatsgebildes tatkräftig zu fördern. So sollte eine deutsche demokratische Republik entstehen mit einer zentralen Regierung, die mit den Siegermächten einen Friedensvertrag abschließt, in dem Deutschland den von der Hitlerarmee den Völkern verursachten Schaden wiedergutzumachen sich verpflichtet.

Das Problem der deutschen Souveränität, die Frage, ob das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung habe, wurde im Verfassungsausschuß des Volksrates gründlich untersucht. Der Ausschuß ist nach eingehender Aussprache zu einer klaren Bejahung gekommen. Dieses Recht des deutschen Volkes ist auch in den ersten Jahren nach Kriegsende von keiner der alliierten Mächte bestritten worden. Auf der Moskauer Außen-

¹ Ebenda, S. 14.

ministerkonferenz im März 1947 ist das Problem der Rekonstruktion des deutschen Staatswesens und die Bildung einer deutschen Zentralregierung Gegenstand der Beratung gewesen. Wie unterschiedlich auch immer die Auffassungen der Außenminister im einzelnen waren, daß ein deutscher souveräner Gesamtstaat entstehen soll, ist damals von keiner Seite bestritten worden. Gestritten wurde nur über den inneren Aufbau dieses Staates, und zwar sahen wir damals deutlich zwei verschiedene Tendenzen unter den Alliierten, die allerdings ein bezeichnendes Licht auf die weitere Entwicklung warfen.

Zwei Wege: Einheit oder Aufsplitterung

Im Mittelpunkt der Diskussion der Moskauer Außenministerkonferenz über die zukünftige Staatsform Deutschlands und damit über die deutsche Verfassung stand die Frage: Wie kann die Remilitarisierung und das Wiedererstehen eines imperialistischen deutschen Staates, der abermals zur Gefahr für den Weltfrieden wird, verhindert werden? Die westlichen Alliierten behaupten, dies durch die föderative Aufspaltung Deutschlands erreichen zu können. Der britische Außenminister Bevin schlug eine bundesstaatliche Regierungsform vor. Die Länder sollten alle Machtkompetenzen haben, die nicht auf den Gesamtstaat übertragen werden sollten. Dabei sollte es ein relativ geringes Gebiet von Funktionen sein, die der Gesamtstaat ausübt, so die auswärtigen Angelegenheiten, Staatsangehörigkeit, die Einheit der Gesetzgebung sowie diejenigen Maßnahmen, die die wirtschaftliche und finanzielle Einheit garantieren sollten.

Der Plan des amerikanischen Außenministers Marshall ging dahin, die Kompetenzen der Zentralregierung noch weiter zu beschränken, insbesondere dieser Zentralregierung nicht das Recht einzuräumen, ihre eigenen Machtbefugnisse zu erweitern.

Der französische Plan ging hinsichtlich der Bestrebung nach Föderalisierung noch über den Plan Marshalls hinaus. Nach dem

französischen Plan sollte Deutschland überhaupt nur ein lockerer Staatenbund sein. Die Funktionen der Zentralregierung sollten äußerst eingeschränkt sein. Die staatliche Souveränität sollte bei den Bundesstaaten liegen. Man glaubte also, mit all diesen Plänen eine politische Kursänderung durch die föderative Aufspaltung Deutschlands erreichen zu können.

Wir haben damals schon mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung nicht als richtig anerkannt werden kann. Es ist eine falsche Vorstellung, daß die aggressive Politik Deutschlands die Folge eines zentralisierten deutschen Einheitsstaates gewesen wäre. Der Weg der imperialistischen Politik, den Deutschland in den letzten Jahren des vorigen und den ersten Jahren unseres Jahrhunderts gegangen ist, wurde nicht verursacht durch die Schaffung der deutschen Einheit, sondern genau im Gegenteil durch die Konservierung der alten feudalen föderativen Kräfte und ihr Bündnis mit der Großbourgeoisie, die bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen war.

Die deutsche Arbeiterbewegung und Teile des linksgerichteten Bürgertums haben schärfstens sowohl die bismarck-wilhelminische Außenpolitik und die Rüstungen des Kaiserreiches wie auch die Wiederaufrüstung und die Revanchepolitik der deutschen Reaktion nach dem ersten Weltkriege bekämpft. Die Arbeiterklasse war die einzige wirksame Gegenkraft gegen diese Politik. Meint man es wirklich mit der Forderung nach einem friedlichen, demokratischen, entmilitarisierten Deutschland ernst, so bleibt keine andere Möglichkeit, als diesen politischen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse den Aufbau des neuen demokratischen Staatwesens anzuvertrauen, sie tatsächlich darin zu unterstützen, den alten Staatsapparat und die hergebrachten Staatstraditionen endgültig zu überwinden, den Staat des deutschen Volkes, den Staat des werktätigen Volkes, zu errichten.

Bei der Schaffung der Weimarer Republik wurden entscheidende Fehler gemacht; es gilt für uns heute, aus diesen Fehlern zu lernen. Eine Republik vom Typus der Weimarer Republik darf nicht wiedererstehen. Die Analyse der Weimarer Verfas-

sung, ihre Errungenschaften und ihre Mängel bildeten einen der Zentralpunkte der wissenschaftlich-analytischen Arbeit des Verfassungsausschusses.

Der Verfassungsausschuß faßte das Ergebnis der Diskussion über die Weimarer Verfassung in den folgenden Thesen zusammen:

I. Die Weimarer Verfassung stellt einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege Deutschlands zu einer einheitlichen demokratischen Republik dar. Sie enthält wesentliche Ansätze für den Ausbau eines demokratischen Staatswesens. Diese fortschrittlichen Ansätze müssen bei der Neuschöpfung der deutschen Verfassung fortentwickelt und gefestigt werden.

II. Die Weimarer Verfassung brachte als bedeutende Errungenschaft die Stärkung der nationalen Einheit Deutschlands. Die nationale Einheit Deutschlands muß auf der Grundlage der den Ländern nach der Weimarer Verfassung zustehenden Rechte wiederhergestellt werden. Die Einschränkung der Länderrechte beginnt da, wo diese Rechte von der deutschen Republik in ihrem Gesamtinteresse in Anspruch genommen werden müssen.

III. Der wesentlichste Mangel der Weimarer Verfassung lag darin, daß die Volksvertretung die ihr in der Demokratie gebührende zentrale Machtstellung nicht hatte. Der Volksvertretung fehlte der entscheidende Einfluß auf die Gestaltung des Staatsapparates und auf die Wirtschaftsorganisation. Die künftige deutsche Verfassung hat die souveränen Rechte der Volksvertretung gegenüber dem Staatsapparat und der Wirtschaft zu konstituieren und zu festigen.

Diesen demokratischen Weg der Entwicklung des deutschen Staatswesens hatte auf der Moskauer Außenministerkonferenz der sowjetische Außenminister Molotow gewiesen. Auch er verwies damals auf die Weimarer Verfassung und führte unter anderem aus:

Mein Vorschlag läuft also darauf hinaus, daß wir unsere Aufmerksamkeit der Weimarer Verfassung zuwenden, daß wir der Weimarer Verfassung alles

Nützliche entlehnen und Abänderungen und Verbesserungen, die wir alle als erwünscht anerkennen, an ihr vornehmen.¹

Wie bekannt, kam es indes in der Moskauer Konferenz nicht zu einer Einigung in der Verfassungsfrage. Dies war die Lage bei dem Abschluß der Außenministerkonferenz im April vorigen Jahres. Die weitere Entwicklung des Deutschlandproblems im Verlaufe des vorigen Jahres zeigt dann aber mit aller Deutlichkeit, daß es den westlichen Alliierten mit ihren Plänen des föderativen Aufbaus Deutschlands gar nicht darauf ankam, ein konstruktives Verfassungswerk für den Wiederaufbau eines deutschen Staatswesens zu entwickeln. Die westlichen Alliierten betonten theoretisch die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines eigenständigen deutschen Staatswesens, auf der anderen Seite taten sie praktisch alles, um sich in den ihrer Kontrolle unterstellten Gebieten Deutschlands endgültig festzusetzen, insbesondere die Wirtschaft dieser Gebiete unter ihren Einfluß zu bekommen. Es ist klar, daß die so betriebene Politik der wirtschaftlichen Annexion mit der Herstellung der politischen Freiheit und staatlichen Souveränität unvereinbar ist. Diese Politik der wirtschaftlichen Annexion mußte vielmehr die offene oder verkappte politische Annexion nach sich ziehen. Es wurde dann auch, als nach der Moskauer Außenministerkonferenz insbesondere die Amerikaner die „Glacéhandschuhe auszogen“ und ohne alle Hemmungen darangingen, die Wirtschaft Westdeutschlands nach ihren Plänen zu reorganisieren, deutlich, daß eine solche Wirtschaftspolitik einen scharfen politischen Kurs gegen die breiten Schichten der Werktätigen, insbesondere gegen die Arbeiterschaft, aber auch gegen den gewerblichen Mittelstand, die mittlere und kleine Bauernschaft und die Intelligenz, erforderte. Nur eine kleine Oberschicht, die führenden Konzernherren, die Großindustriellen, die Bankiers, die Großgrundbesitzer und die hohe Staatsbürokratie, die Nutznießer dieser Politik, profitieren von ihr und fühlen sich unter diesem Kurs wohl und gesättigt, wobei man es nicht unterlassen darf, des umfangreichen Heeres der westlichen

¹ Siehe W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, S. 444.

Schönredner und Schönschreiber Erwähnung zu tun, das sich würdelos um die amerikanische Militärregierung und den Duft der amerikanischen Zigaretten bei der Zerreißung Deutschlands schart wie Fliegen um einen Kadaver.

Die Deutschlandpolitik der Westmächte

Diesen Weg der Deutschlandpolitik der Westalliierten muß unser Volk heute deutlich sehen. Die politische Annexion geht ihren Weg über die ökonomische Annexion. Man kann die Unterjochung eines Volkes durch die unmittelbare politische Gewalt, durch Bajonette und Kanonen betreiben; das war die alte Unterjochungs- und Kolonisierungsmethode. Aber es sitzt sich nicht gut auf der Spitze von Bajonetten. Man kann darum auch die Unterjochung durch ökonomische Gewalt betreiben; indem man sich die Produktionsmittel eines Landes aneignet, sich die Herrschaft über die Produktivkräfte sichert und dadurch das Land politisch unterwirft. Das sind die modernen Unterjochungs- und Kolonisierungsmethoden, deren sich insbesondere der amerikanische Imperialismus zu bedienen weiß. Diese letztere Unterjochungsmethode der sich hinter der ökonomischen Macht versteckenden politischen Gewalt ist sehr viel gefährlicher, weil sie nicht so unmittelbar als politische Gewalt hervortritt, sondern sich obendrein heuchlerisch in die Toga der humanitären Hilfsmaßnahmen kleidet. Die Unterjochung erscheint hier nicht als die Willkür fremder Usurpatoren, sondern als ökonomische Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit. Man läßt den Dollar regieren! Der Dollar soll das Blut aus dem Wirtschaftskörper des Volkes herausholen, und er tut es intensiver und gründlicher, als die Bajonette es zu tun vermögen.

Es ist von wesentlichem Belang, daß unser Volk sich mit diesen modernsten Kolonisierungsmethoden des amerikanischen Imperialismus vertraut macht, denn sie sind die große Gefahr, die ihm droht, das Damoklesschwert, das über seinem Haupte hängt. Es

ist das erste Grundgesetz aller Kampfstrategie – gleich, um welchen Kampf es sich handelt –, den Gegner und seine Kampf-methode genau zu kennen. Der große Gegenspieler der deutschen Nation, das amerikanische Monopolkapital, zeigt sich nicht im offenen Kampf; es träufelt das Gift des Dollars ein, das mehr und mehr in die Lebenszentren unserer Volkswirtschaft einsickern soll, um die Reste der noch vorhandenen Lebenskräfte dem Körper unseres Volkes zu entziehen. Nur durch die Vermittlung ameri-kanischer Monopole soll uns der Zugang zu unseren eigenen Lebensquellen möglich sein; unser Leben soll von ihrer Willkür abhängen. Das ist ihr Weg, ihre Taktik der Unterdrückung frem-der Völker. Er ist im Marshallplan offen zum Prinzip der ameri-kanischen Außenpolitik erklärt; so sollen auch Deutschland und das deutsche Volk in ihre Netze gezogen werden.

Es ist heute von größter Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß die Taktik der westlichen Besatzungsmächte in der Verfassungs-frage im Westen dahin geht, die Probleme der Wirtschaft aus der Staats- und Verfassungsdiskussion herauszunehmen. Durch keine Verfassungsbestimmung darf die von den Westalliierten geschaf-fene wirtschaftspolitische Tatsache, das heißt also die Tatsache der Annexion, berührt oder klargestellt werden. Für den „Bonner Rat“ sind die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Westdeut-lands tabu – eine ihrer Kompetenz überhaupt entzogene Sphäre. Es ist diesem Gremium verboten, sich in die herrschenden wirt-schaftlichen Verhältnisse einzumischen. Die diktatorische Ableh-nung der fast einstimmig gefaßten Sozialisierungsanträge im Landtag von Nordrhein-Westfalen durch die Besatzungsmacht hat dem deutschen Volke einen anschaulichen und lehrreichen Unterricht erteilt. Die Verfassungsmacher in Bonn sind genötigt, alles über sich ergehen zu lassen, was dort von den Besatzungs-mächten an wirtschaftlichen Tatsachen geschaffen wird. Daß an-gesichts solcher Lage die Schaffung einer deutschen Verfassung in Bonn eine leere Farce ist, ist jedem klar, der sich nicht durch schöne Worte betören oder sich Sand in die Augen streuen läßt. Der „Parlamentarische Rat“ wurde nur dazu geschaffen, um

schöne Worte zu fabrizieren. Man lese nur den unlängst veröffentlichten Grundrechtsteil der Verfassung durch: die Phrasen sind so üppig, daß selbst die Grundrechte der Weimarer Verfassung, die bisher als die besten Verfassungsformulierungen der Welt galten, als schlechte Prosa dagegen erscheinen. Der „Parlamentarische Rat“ in Bonn, der jetzt den westdeutschen Vasallenstaat aus der Taufe heben soll, wurde von sehr langer Hand vorbereitet. Er ist der Ausdruck der vollendeten Kapitulation westdeutscher Politiker vor den Annexionsgelüsten der westlichen Besatzungsmächte. Die bekannten Londoner Empfehlungen bilden einen wichtigen Markstein auf diesem Wege.

Sie verdienen Beachtung durch das deutsche Volk, weil hier die politische Linie der Westalliierten festgelegt ist, die zu der Verwandlung Westdeutschlands in einen Vasallenstaat, zur Versklavung Deutschlands führen soll. Im Gegensatz zu der im Potsdamer Abkommen festgelegten Politik, die den Aufbau einer eigenständigen deutschen Friedenswirtschaft vorsieht, wird hier offen zu einer interventionistischen Politik übergegangen, zur Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in die direkte Einflußsphäre der Westmächte, mit anderen Worten, zur Annexion der deutschen Wirtschaft.

Dem deutschen Volke wird die Souveränität über seine Wirtschaft abgesprochen. Westdeutschland wird auf das Niveau einer Kolonie herabgedrückt. Es steht den ausländischen Finanzinteressenten völlig frei, wo und soviel sie wollen, in Westdeutschland zu investieren; eine Kontrolle der deutschen Instanzen über solche Herrschaftsanmaßungen über die deutsche Wirtschaft gibt es nicht mehr.

Der wirtschaftlichen Annexion folgt die politische. Die Besatzung wird verewigt oder an eine Frist gebunden, auf deren Ablauf das deutsche Volk selbst gar keinen Einfluß haben kann. Das deutsche Volk kann durch seine politische Entwicklung die Dauer der Besatzung gar nicht bestimmen und abkürzen, es hat keinerlei selbständige Bewegungsfreiheit gegenüber dem Statut der Besatzungsmacht. Die Londoner Empfehlungen stellen die

Dauer der Besetzungszeit in das willkürliche Ermessen der westlichen Alliierten und schließen das deutsche Volk von jeder Einflußnahme aus:

Die Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs betonen erneut die Überzeugung ihrer Regierungen, daß es keinen allgemeinen Rückzug ihrer Besatzungstruppen aus Deutschland geben könne, solange der Frieden in Europa nicht gesichert ist, und ohne daß vorher Beratungen stattgefunden haben.¹

Die Schaffung dieser Voraussetzung aber wäre damit ganz in das willkürliche Ermessen der westlichen Besatzungsmächte selbst gestellt. Diese könnten ja sofort heute und morgen durch ihre Politik den Frieden in Europa sichern. Sie können aber auch durch ihre Politik – so wie sie es ja heute faktisch tun – Europa zu einem Gefahrenherd für den Weltfrieden machen. Solange sie also die „Politik des latenten Krieges“ als die für sie geeignete halten und sie durchführen, wird der Frieden in Europa nicht gesichert sein, und folglich wird immer der Grund da sein, Deutschland besetzt zu halten. Was heißt das anderes, als Westdeutschland zu einem Spielball ihrer Politik zu machen und in ein strategisches Gebiet ihrer Kriegspolitik zu verwandeln?

Für das deutsche Volk ist es nicht annehmbar, sich zu einem solchen Spielball fremder Politik machen zu lassen. Wir müssen auf unserem Recht bestehen, selbst mitwirken zu können an der Schaffung der Bedingungen, die uns unsere volle staatliche Souveränität wiedergeben, und einzuwirken auf den Ablauf der Frist für den Abzug der Besatzungsmächte. Ebenso unannehmbar ist für das deutsche Volk das in den Londoner Empfehlungen verkündete Prinzip der ungehemmten Investitionen ausländischen Kapitals in Deutschland, das heißt der Grundsatz des Fehlens der Kontrolle der deutschen Staatsgewalt über diese ausländischen Investitionen. Dieser Grundsatz beseitigt die Souveränität des deutschen Volkes über seine eigene Wirtschaft, hebt damit die deutsche Souveränität und Staatlichkeit überhaupt aus den Angeln und verwandelt Deutschland in eine Kolonie.

¹ Siehe „Neues Deutschland“ vom 8. Juni 1948.

3. ... *Bildung einer provisorischen demokratischen, friedliebenden und gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen Deutschlands mit dem Ziel, Garantien gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression zu schaffen . . .*

4. *Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gemäß den Potsdamer Beschlüssen, damit die Besatzungstruppen aller Mächte binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages abgezogen werden.*

5. *Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gegenüber den Staaten, die durch die deutsche Aggression gelitten hatten, durch Deutschland.*¹

Dies ist der andere Weg der Deutschlandpolitik: nach erfolgter Entmilitarisierung und Entnazifizierung sowie der Auflösung der deutschen Kriegswirtschaft Schaffung eines souveränen deutschen demokratischen Staates; Abschluß eines Friedensvertrages; Abzug der Besatzungsmächte; Wiedergutmachung auf der Grundlage der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage und aus einer sich in der Hand des deutschen Volkes befindenden Friedenswirtschaft. Dieser Weg gibt dem deutschen Volke also das Recht seiner Selbstbestimmung, gewährt ihm eine neue unbelastete wirtschaftliche Zukunft, gibt ihm seine nationale Einheit zurück, gewährt einen Frieden und befreit uns von den Besatzungsmächten. Dieser Weg ist also der Weg einer wirklichen nationalen Befreiungspolitik.

Zwei Wege der Deutschlandpolitik, die sich heute zu zwei Verfassungsentwürfen verdichtet haben; zu dem Verfassungsprojekt von Bonn und zu dem Verfassungsentwurf, den der Deutsche Volksrat heute dem deutschen Volke vorlegt.

Warum freie deutsche demokratische Republik?

Der Deutsche Volksrat, die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes, ist dazu berufen, die Rechte wahrzunehmen, die dem deutschen Volke nach dem Völkerrecht und nach den Vereinbarungen der Alliierten von Jalta und Potsdam zustehen. Er erachtet es deshalb nicht nur als sein Recht, sondern auch als seine

¹ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 32.

Pflicht, sich an die Spitze aller politisch bewußten Deutschen zu stellen, die guten Willens und bereit sind, für Frieden und Freiheit, für das Wiederauferstehen eines freien souveränen deutschen Staates, einer deutschen demokratischen Republik, zu kämpfen – einer Republik, die unseren Kindern und Kindeskindern ein glücklicheres Leben sichern soll, als es unserer Generation beschert ist. Eine Republik, die der Welt zeigt, daß Deutschland nicht identisch ist mit jener Kaste, die seit hundert Jahren den Staat in ihrer Hand hatte, die die gesamten Energien des deutschen Volkes in barbarischen Kriegen vergeudete – eine Republik, die endlich die werktätigen deutschen Menschen selbst an das Staatsruder bringt und Deutschland in einen friedliebenden Staat der friedlichen Arbeit, der Arbeit zum Wohle und Aufblühen unseres Volkes verwandelt.

Wir wissen, daß diese Aufgaben der demokratischen Umgestaltung Deutschlands nicht von den Kräften gelöst werden können, die bisher Deutschland beherrscht haben, denn diese Kräfte repräsentieren nicht das Volk und seine Interessen.

Den Staat des deutschen Volkes zu schaffen, das war das Grundmotiv, das unsere Arbeit an dem vorliegenden Verfassungsentwurf leitete. Die Herrschaft des deutschen Volkes auf allen Gebieten seines staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens klar und eindeutig festzulegen, war unser größtes Bemühen. Nur wenn das Volk die Macht im Staate hat, und zwar alle Macht im Staate, kann dieser Weg – der Weg zur Schaffung einer freien, souveränen deutschen Republik – begangen werden, der Weg, den wir hier ebnen wollen.

Wir treten für die Einheit Deutschlands ein, für eine „unteilbare demokratische Republik“¹, wie es im ersten Artikel des Entwurfs heißt. Die Entscheidung für die deutsche Einheit ist bereits gefallen. Das in diesem Jahre durchgeführte Volksbegehren war – daran kann kein Zweifel bestehen – eine eindeutige Manifestation des deutschen Volkes für die Einheit seiner Nation. Wenn

¹ „Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates“; „Neues Deutschland“ vom 31. Oktober 1948.

gewisse Kräfte an dem Willen des deutschen Volkes zur nationalen Einheit zweifeln, so möge man uns die Möglichkeit geben, auf Grund dieses Volksbegehrens in allen Zonen Deutschlands frei und unbehindert einen Volksentscheid durchzuführen. Dann wird den Spaltern Deutschlands klarwerden, wo das deutsche Volk steht, und unser Volk wird diesen Spaltern für ihre verräterische Politik die gebührende Antwort erteilen.

Die Mängel der Weimarer Verfassung

Bei der Schaffung dieses Verfassungsentwurfs haben wir die Lehren der Geschichte der Weimarer Republik beachtet. Diese Verfassung hat die deutsche Einheit gefestigt. Der Status der Länder, so wie er in der Weimarer Verfassung bestand, ist unserem Volksentscheid zugrunde gelegt worden. Der erste Artikel des vorliegenden Entwurfs lautet:

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Alle für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlichen Fragen werden von der Republik, alle übrigen Fragen von den Ländern selbständig entschieden. Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.“¹

Der große Mangel der Weimarer Verfassung lag darin, daß die Volksvertretung in ihren Rechten sehr beschränkt und zuletzt zur völligen Machtlosigkeit verurteilt war. Das demokratische Element kam in der Weimarer Verfassung nicht zum Durchbruch, weil das bürokratisch-diktatorische Element die Oberhand behielt. Die Volksvertretung war machtlos, weil die alten Institutionen, aus dem Kaiserreich vererbt, in die Republik übernommen wurden, ebenso der alte Staatsapparat und die alte Wirtschaftsorganisation. Alles Bemühen der Volksvertretung, diese überkommenen alten Verhältnisse umzugestalten und den demokratischen Neu-

¹ Ebenda.

aufbau durchzuführen, war erfolglos; der alte Staatsapparat in Verwaltung und Justiz sowie die überkommene Wirtschaft erwiesen sich als stärker als der in den Volksvertretungen repräsentierte Wille des Volkes.

Wir entsinnen uns der Diktaturgewalt des Reichspräsidenten der Weimarer Republik nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung, durch den die meisten Reformvorschläge des Reichstages hintertrieben wurden. Der Reichspräsident, der den ganzen Staatsapparat in seiner Hand hatte, konnte nach seinem Willen die Volksvertretung völlig ausschalten, und er tat es immer dann, wenn entscheidende, dem Interesse der herrschenden Klassen entgegenstehende Maßnahmen von seiten der Volksvertretung eingeleitet wurden. Die herrschende Klasse verstand es, alle Reformforderungen, die vom Volke ausgingen, schroff zurückzuweisen und sich durch nichts in ihrer Herrschaft und Willkür hemmen zu lassen.

Die Weimarer Verfassung hatte einen großen Teil, der sich mit den „Grundrechten“ der Bürger befaßte. Hier waren alle die Rechte fixiert, die der Bürger zur Entfaltung eines freien und friedlichen Lebens braucht: die Gleichheit der Menschen, die persönliche Freiheit, der Schutz gegen Staatswillkür.

Heute wissen wir, daß alle diese Grundrechte des Volkes nur auf dem Papier standen und niemals Wirklichkeit geworden sind. Sie konnten nicht verwirklicht werden, weil nach der Struktur der Weimarer Verfassung die Volksvertretung machtlos war; das Volk nur juristische Rechte gegenüber der Staatsgewalt, aber keine Macht im Staate hatte. Die Staatsbürokratie und die Wirtschaftsmagnaten herrschten und nicht die Volksvertretung, bis Hitler auch diese beseitigte und die unverhüllte blutige Diktatur errichtete.

Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer

Will man die wesentlichsten Differenzen des vorliegenden Entwurfs gegenüber der Weimarer Verfassung bestimmen, so kann man sie darin sehen, daß in dem hier vorliegenden Entwurf das

Rechte, die sie in der Weimarer Republik hatten. Aber wir fordern in dem Verfassungsentwurf, wenn eine Partei in das Parlament der Republik einziehen will, daß sie nicht nur über eine regionale, ein einzelnes Land umspannende, sondern eine das ganze Staatsgebiet der Republik umfassende Organisation verfügen muß, da es sonst zu föderalistischen und separatistischen Tendenzen kommen könnte, so daß im Parlament der Republik, der Volkskammer, regionale Interessengegensätze aufgerissen würden. Hier sollen und dürfen nur die gesamtdeutschen Interessen zur Entscheidung und Aussprache stehen. Darum heißt es im Artikel 1 des Entwurfs:

„Alle für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlichen Fragen werden von der Republik, alle übrigen Fragen von den Ländern selbständig entschieden.“¹

Es sind noch andere Einrichtungen in der Verfassung geschaffen, die die Volksverbundenheit des Parlaments sicherstellen und es zu einem wahren Ausdruck des Willens des Volkes gestalten sollen. Die Volkskammer kann, wenn sie nicht mehr das Vertrauen des Volkes besitzt, durch Volksentscheid jederzeit aufgelöst werden. Ferner kann ein von der Länderkammer beschlossenes Gesetz durch eine Minderheit von einem Drittel der Abgeordneten der Volkskammer zum Volksentscheid gestellt werden. Schließlich kann die Volksvertretung, wenn die Regierung sich ihren Anordnungen nicht beugt und zum Bruch der Verfassung und zu diktatorischen Maßnahmen schreitet, das Volk zum Widerstand gegen die Machtusurpatoren aufrufen, sich an die Spitze des Volkes zum Kampfe für die Verteidigung der Verfassung und der Demokratie stellen.

Und noch in einem weiteren Punkt unterscheidet sich dieser Entwurf von anderen demokratischen Verfassungen und auch von der Weimarer Verfassung. Es ist in dem Entwurf nicht nur bestimmt, daß das Parlament das höchste Machtorgan im Staate ist, wir bestimmen in der Verfassung, was die Staatsgewalt, also Parlament und Regierung zu tun haben, welches die politische Grundrichtung der zukünftigen deutschen Republik zu sein hat,

¹ Ebenda.

welche politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Maßnahmen von ihr gefordert werden.

Die Staatsgewalt hat die persönlichen Freiheitsrechte des Bürgers zu respektieren und zu garantieren: die Gleichberechtigung vor dem Gesetz, die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Gesellschaften und politische Parteien zu bilden. Zu den persönlichen Grundrechten gehören auch die sozialen Rechte: das Koalitionsrecht, das Streikrecht, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Arbeitslosenunterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit, das Recht auf Urlaub und Erholung, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter, das Recht auf Mitbestimmung bei der Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen und anderes mehr.

Die Wirtschaft soll dem Volke dienen

Eine besondere Bedeutung kommt dem Abschnitt über die Wirtschaftsordnung zu. Der Wirtschaft ist die Aufgabe zugewiesen,

„dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen und jedermann seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern“¹.

Hier ist weiter das Prinzip der Wirtschaftsplanung festgelegt und den Volksvertretungen die Überwachung seiner Durchführung zur Aufgabe gemacht. Das Eigentum ist gewährleistet.

„Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen und den sozialen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.“²

Beschränkungen des Eigentums und Enteignungen können nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen. Eigentumsmißbrauch durch

¹ Ebenda.

² Ebenda.

wirtschaftliche Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls hat die entschädigungslose Enteignung und die Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Als Eigentumsmissbrauch werden auch private Monopolorganisationen und der Großgrundbesitz betrachtet, die darum der Auflösung unterliegen.

„Die Familie ist die Grundlage des staatlichen Gemeinschaftslebens und untersteht dem Schutze der Verfassung“,

heißt es in dem Unterabschnitt „Familie und Mutterschaft“. Hier ist die Gleichberechtigung der Frau noch einmal mit aller Deutlichkeit betont, die auch an verschiedenen anderen Stellen der Verfassung hervorgehoben wird.

„Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben“¹,

sagt Artikel 7 des Entwurfs.

Im Abschnitt über die sozialen Grundrechte ist bestimmt, daß die Frau das gleiche Recht auf Entlohnung habe wie der Mann und daß sie besonderen Schutz im Arbeitsverhältnis genieße. Im Abschnitt über „Familie und Mutterschaft“ ist dann weiter bestimmt, daß alle Gesetze und Bestimmungen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie beeinträchtigen, aufgehoben sind. Außereheliche Geburt, wird gesagt, darf weder der Mutter noch dem Kinde zum Nachteil gereichen, und alle Gesetze und Bestimmungen, die bei außerehelicher Geburt die Mutter und das Kind benachteiligen, sind aufgehoben. In dem Abschnitt über „Erziehung und Bildung“ heißt es:

„Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung. Die Bildung der Jugend sowie die geistige und fachliche Weiterbildung der Bürger auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens werden durch öffentliche Einrichtungen gesichert.“²

Es ist hier weiter die allgemeine Schulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr konstituiert sowie die Errichtung von Vorstudien-

¹ Ebenda.

² Ebenda.

anstalten, die allen Bürgern den Besuch der Hochschule ermöglichen sollen.

„Jedem Kind muß die Möglichkeit zur allseitigen Entfaltung seiner körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gegeben werden“¹,

heißt es hier weiter, und es ist ausdrücklich festgelegt, daß der Bildungsgang der Jugend unabhängig zu sein hat von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Eltern.

Im Abschnitt „Religion und Religionsgemeinschaften“ ist jedem Bürger die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert, die ungestörte Religionsausübung ist unter den Schutz der Republik gestellt. Die Kirchen bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts und behalten all die Privilegien, die sie bisher hatten.

• *Formale und reale Demokratie*

An die Stelle der formalen soll eine reale Demokratie treten, an die Stelle eines nur juristisch abgezielten Organisationsmechanismus der höchsten Gewalten im Staate der wirkliche Wille des Volkes. Über dem Grundsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ hinaus wird das Recht des Volkes auf die reale, inhaltliche Gestaltung des staatlichen Ganzen konstituiert.

Der Artikel besagt:

„Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht auf Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch: Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden, Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts, Übernahme öffentlicher Ämter.

Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.“²

Wir brachen damit zugleich mit dem für die deutsche Demokratie so verhängnisvollen Prinzip der Dreiteilung der Gewalten, das die Rechte des Volkes nur auf die Wahl der Volksvertretung

¹ Ebenda.

² Ebenda.